KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN

Brüssel, den 13.12.1996
KOM(96) 623 endg.

95/0079 (COD)

Geänderter Vorschlag für eine

RICHTLINIE DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES

zur Änderung der Richtlinie 92/50/EWG über die Koordinierung der Verfahren zur Vergabe öffentlicher Dienstleistungsaufträge, der Richtlinie 93/36/EWG über die Koordinierung der Verfahren zur Vergabe öffentlicher Lieferaufträge und der Richtlinie 93/37/EWG über die Koordinierung der Verfahren zur Vergabe öffentlicher Bauaufträge

(gemäß Artikel 189 a, Absatz 2 des EG-Vertrages
von der Kommission vorgelegt)

Inhaltsverzeichnis

BEGRÜNDUNG
I. Einleitung
II. Detaillierte Analyse der Artikeln

VORSCHLAG FÜR EINE RICHTLINIE DES PARLAMENTES UND DES RATES
Präambel
Artikel 1: Änderungen zur Richtlinie 92/50/EWG
Artikel 2: Änderungen zur Richtlinie 93/36/EWG
Artikel 3: Änderungen zur Richtlinie 93/37/EWG
Artikel 4: Schlußbestimmungen
Anhänge I bis IV

Begründung

I. Einleitung

1. Das Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen (GPA) ist integraler Bestandteil der gemeinschaftlichen Rechtsordnung, nachdem die Vereinbarungen im Rahmen der multilateralen Handelsverhandlungen - Uruguay-Runde - vom Rat mit Beschluß 94/800/EWG vom 22. Dezember 1994 gebilligt worden war. Das bedeutet allerdings nicht daß diese Bestimmungen direkt vor den Gerichten der Gemeinschaft und der Mitgliedstaaten vorgebracht werden können (letzter Erwägungsgrund des Beschlusses 94/800/EWG). Das GPA ist daher in der Gemeinschaft am 1. Januar 1996 in Kraft getreten, wie es in Artikel XXIV vorgesehen ist. Seine Anwendung in der Gemeinschaft erfordert an sich keine Umsetzungsmaßnahmen.

2. Die Kommission hat jedoch eine Reihe von Änderungen der einschlägigen Richtlinien vorgeschlagen, um in sie einige GPA-Bestimmungen mit dem Ziel aufzunehmen,

   (a) jegliche **Diskriminierung** zum Schaden der Unternehmen aus der Gemeinschaft **zu vermeiden** und ihnen die gleichen Vorteile zu gewähren, die die Unternehmen aus Drittländern aufgrund des GPA genießen;

   (b) die **Kohärenz** zwischen den beiden Regelungssystemen **zu gewährleisten.** Damit werden die Auftraggeber, die ja sowohl von den Richtlinien der Gemeinschaft als auch von dem GPA erfaßt werden, in die Lage versetzt, durch Anwendung der geänderten Richtlinienbestimmungen zugleich den Anforderungen des GPA zu genügen. Anderenfalls müßten die Auftraggeber beide Regelungen genauest kennen, um die Unterschiede zwischen ihnen festzustellen und die entsprechenden Folgerungen für ihr Handeln daraus zu ziehen. Dies dürfte recht schwierig sein und sehr große Unterschiede bei der Anwendung des Gemeinschaftsrechts in den Mitgliedstaaten zur Folge haben.

   Dies stellt keineswegs eine einseitige Öffnung des Auftragswesens der Gemeinschaft zugunsten von Drittlandsunternehmen dar. Das GPA und die Gemeinschaftsrichtlinien sind zwei getrennte rechtliche Realitäten. Das Beschaffungsübereinkommen regelt die Beziehungen zwischen der Gemeinschaft und den zum GPA gehörenden Drittländern bei Aufträgen, die in den Anwendungsbereich des Übereinkommens fallen. Somit werden die Rechte der Drittlandsunternehmen zur Beteiligung an Gemeinschaftsaufträgen vom GPA geregelt. Die Gemeinschaftsrichtlinien - ob sie nun geändert werden oder nicht - regeln dagegen ausschließlich die innergemeinschaftlichen Beziehungen zwischen den Auftraggebern und Unternehmen aus der Gemeinschaft. Folglich enthalten sie keine Rechte für Unternehmen dritter Länder; diese Rechte leiten sich allein aus dem GPA und sonstigen internationalen Übereinkommen ab.

   Wenn die Kommission Änderungen der Richtlinien vorschlägt, hat sie nichts anderes im Sinn, als den Unternehmen der Gemeinschaft die gleiche

Behandlung wie den Unternehmen dritter Länder zu gewährleisten. Abgesehen von einigen rein technischen Ausnahmen, die nur wenig ins Gewicht fallen und wegen der Rechtsetzungsverfahren geboten sind, will die Kommission die Richtlinien nur da ändern, wo es unbedingt erforderlich ist, um Diskriminierungen zum Schaden der Gemeinschaftsunternehmen zu verhindern.

3. Am 30. März 1995 hat die Kommission dem Rat und dem Europäischen Parlament daher zwei Vorschläge für Richtlinien des Rates und des Europäischen Parlaments zugeleitet: Der eine Vorschlag dient der Änderung der Richtlinien 92/50/EWG, 93/36/EWG und 93/37/EWG (betreffend die öffentliche Vergabe von Dienstleistungs-, Liefer, bzw. Bauaufträgen), die andere der Änderung der Richtlinie 93/38/EWG vom 14. Juni 1993 zur Koordinierung der Auftragsvergabe durch Auftraggeber im Bereich der Wasser-, Energie-, und Verkehrsversorgung sowie im Telekommunikationssektor. In der Folge wird nur der erstgenannte Vorschlag behandelt.

4. Im Februar 1996 verabschiedete das Europäische Parlament seine legislative Entschließung sowie eine Reihe von Änderungen. Die Kommission ließ erkennen, daß sie eine Anzahl dieser Änderungen akzeptieren könnte.

   Die Änderungen, welche die Kommission - in manchen Fällen nach Einfügung anderer Elemente oder rechtlicher Umformulierungen - akzeptiert hat, betreffen folgende Punkte:

   - Einen neuen Erwägungsgrund betreffend die Zahlungsfristen.

   - Die Einführung von unterschiedlichen Schwellenwerten, abhängig davon, ob die fragliche Dienstleistungsart durch das GPA erfaßt ist oder nicht.

   - Eine Änderung der Bestimmungen über die Statistik von öffentlichen Bauaufträgen.

   - Die Einfügung der zentralen Beschaffungsstellen von Österreich, Finnland und Schweden in Anhang I.

5. Neben der bereits erwähnten Änderungen, betreffen die wichtigsten Änderungen des überarbeiteten Vorschlages folgende Punkte:

   - Klarstellung des Anwendungsbereiches des GPA und der Richtlinien sowie der auf Drittlandsunternehmen anzuwendenden Rechtsvorschriften.

   - Die ursprüngliche Bestimmung über den Dialog über technische Spezifikationen wurde gestrichen und durch einen neuen Erwägungsgrund in allen Richtlinien ersetzt.

   - Die Schwellenwerte für Designwettbewerbe wurden geändert, um den im Vergleich mit der Richtlinie 92/50/EWG beschränkten Anwendungsbereich des GPA widerzuspiegeln.

   - Die Fristen nach Veröffentlichung von Vorabinformationen wurden in allen drei Richtlinien flexibler gestaltet.

- Die Möglichkeiten zur Einreichung und Übermittlung von Angeboten wurden in allen drei Richtlinien flexibler gestaltet.

- Eine Bestimmung über das Diskriminierungsverbot wird in die Richtlinien 93/36/EWG und 93/37/EWG eingefügt.

- Für bestimmte Bauaufträge, die nicht vom GPA erfaßt werden, wird eine Schwellenwert von 5 Mio ECU eingeführt.

II. Erläuterungen der Erwägungsgründe und der Artikel

Im folgenden werden die Änderungen erläutert.

6. Erwägungsgründe

Der dritte Erwägungsgrund wurde dergestalt geändert, daß sich die Rechte von Unternehmen aus Drittländern nur aus dem GPA und nicht aus den geänderten Richtlinien ableiten. Damit soll auch genau angegeben werden, welche Bereiche nicht vom GPA, aber von den Richtlinien abgedeckt werden. Außerdem wird deutlich, daß die Änderung der Gemeinschaftsrichtlinien nichts mit Gegenseitigkeit oder Nichtgegenseitigkeit gegenüber den Unternehmen der Drittlandsunterzeichner zu tun hat. Die Richtlinien befassen sich eben nur mit den innergemeinschaftlichen Beziehungen, also mit den Beziehungen zwischen den Auftraggebern und Unternehmen in der Gemeinschaft, und begründen keinerlei Rechte zugunsten der Drittlandsunternehmen, die lediglich aus dem GPA abgeleitet werden können. Dieser Erwägungsgrund dürfte auch zu verstehen geben, daß die Richtlinie in bezug auf die privaten Auftraggeber (ob sie nun vom GPA erfaßt werden oder nicht) geändert werden kann, ohne daß die Drittlandsunternehmen ein Recht auf Zugang zu den Aufträgen dieser Auftraggeber erhalten.

Ein neuer neunter Erwägungsgrund wurde anstelle der zuvor vorgeschlagenen Änderung des Artikels 14 Absatz 7 der Richtlinie 92/50/EWG, des Artikels 8 Absatz 7 der Richtlinie 93/36/EWG und des Artikels 10 Absatz 7 der Richtlinie 93/37/EWG eingefügt. Dieser weist ausdrücklich auf die Wirkungen des geltenden Gemeinschaftsrechts in bezug auf technische Beratung hin. Nach dem geltenden Gemeinschaftsrecht ist es zwar nicht verboten, daß die Auftraggeber von einem Unternehmen, das sich an einem bestimmten Auftrag beteiligen könnte, Rat einholen oder entgegennehmen, der bei der Erstellung der Spezifikationen für den betreffenden Auftrag verwendet werden kann, doch gilt dies nach geltendem Gemeinschaftsrecht dann **nicht**, wenn der Grundsatz der Gleichbehandlung insbesondere durch Ausschaltung des Wettbewerbs verletzt wird. Daher bedarf es auch keiner Änderung der Richtlinien zur Berücksichtigung von Artikel VI Absatz 4 des GPA.

Weiters wurde ein neuer zehnter Erwägungsgrund eingefügt, um die Bedeutung der besseren Einhaltung der Zahlungsfristen hervorzuheben. Die dafür notwendigen Maßnahmen sind in der Empfehlung der Kommission vom 12. Mai 1995 über die Zahlungsfristen im Handelsverkehr enthalten.

7. Artikel 1

Artikel 1 wurde entsprechend dem dritten Erwägungsgrund und mit dem gleichen Ziel geändert (vgl. oben Pkt. 6).

Änderungen der Richtlinie 92/50/EWG

8. Artikel 7 Absatz 1 und 2 - Schwellenwerte

Mit dieser Änderung werden die Neufestsetzungen der Schwellenwerte auf jene Aufträge beschränkt, die vom GPA erfaßt werden.

Der zweite Spiegelstrich von a) führt neue Schwellenwerte für Aufträge, die vom GPA erfaßt werden (also die in Anhang I A aufgezählten Dienstleistungen mit Ausnahme der Aufträge über Forschungs- und Entwicklungsdienstleistungen sowie bestimmte Telekommunikationsdienstleistungen), ein. Hingegen wird für alle anderen Dienstleistungsaufträge der Richtlinie (also die zwei soeben erwähnten Kategorien und die verschiedenen in Anhang I B aufgezählten Dienstleistungen) der erste Spiegelstrich angewendet. Die im ersten Spiegelstrich von a) angeführten Schwellenwerte bleiben unverändert.

Im zweiten Spiegelstrich, ist der Unterabsatz i) auf alle zentralen Beschaffungsstellen, die in Anhang I der Richtlinie 93/36/EWG aufgezählt sind, anwendbar. Unterabsatz ii) wird auf alle anderen Auftraggeber die der Richtlinie unterliegen angewendet.

9. Artikel 12 Absatz 1 und 2 - Auskunftspflicht gegenüber Bewerbern und Bietern, die nicht berücksichtigt worden sind

Die prinzipielle Änderung besteht in der Neuformulierung von Absatz 2, womit eine Angleichung an die entsprechende Bestimmung des GPA bezweckt wird. In Absatz 1 wurde die Auskunftspflicht hinsichtlich anderer Bieter weiter beschränkt, und zwar - um Mißbrauch zu vermeiden - auf jene Bieter die ein "zulässiges Angebot" gelegt haben.

10. Artikel 13 Abs. 1 und 2 - Schwellenwerte für Design-Wettbewerbe

Die Schwellenwerte wurden entsprechend den Änderungen in Artikel 7 Absatz 1 angepaßt, d.h. sie bleiben für Aufträge, die nicht vom GPA erfaßt werden, unverändert.

11. Artikel 18 Absatz 2 - Kürzere Fristen in offenen Verfahren nach vorheriger Veröffentlichung einer nichtverbindlichen Bekanntmachung

Die Änderungen bezwecken eine Flexibilisierung der Fristen. Außerdem laufen nunmehr sämtliche Fristen vom Tag der Absendung der Bekanntmachung an.

12. Artikel 19 Absatz 4 - Kürzere Fristen in nicht-offenen oder Verhandlungsverfahren nach vorheriger Veröffentlichung einer nichtverbindlichen Bekanntmachung

Die Änderungen bezwecken eine Flexibilisierung der Fristen. Außerdem laufen nunmehr sämtliche Fristen vom Tag der Absendung der Bekanntmachung an.

13. Artikel 23 - Einreichung von Angeboten auf elektronischem Wege

Diese Bestimmung wurde dahingehend vereinfacht, daß sie sich nur noch auf die wesentlichen Voraussetzungen beschränkt, die zu erfüllen sind, wenn die Mitgliedstaaten die Einreichung von Angeboten auf andere Weise als per Post oder durch Hinterlegung zulassen wollen. Die Einreichung von Angeboten auf andere Weise kann zugelassen

werden, wenn die Art der Übermittlung eine ausreichende Gewähr dafür bietet, daß die Vertraulichkeit gewahrt bleibt und daß die Angebote nach Ablauf der Einreichungsfrist geöffnet werden. Wenn dies aus Gründen des rechtlichen Nachweises erforderlich ist, kann auch verlangt werden, daß diese Angebote schriftlich oder durch Übermittlung einer beglaubigten Kopie bestätigt werden.

Die Kommission ist der Auffassung, daß die erforderliche Vertraulichkeit gewährleistet ist, wenn Angebote auf Diskette oder einem anderen Träger in einem Umschlag hinterlegt oder per Post eingereicht werden. Entsprechend ihrem ursprünglichen Vorschlag ist die Kommission auch weiterhin der Ansicht, daß es technisch möglich ist, bei der Inanspruchnahme elektronischer Mittel, insbesondere der Electronic Mail, für die Einreichung von Angeboten eine mindestens gleichwertige Vertraulichkeit zu gewährleisten.

Die ausdrückliche Bestimmung des ursprünglichen Vorschlags, daß telephonisch übermittelte Angebote nicht zulässig sind, wurde gestrichen, da dies aus Gründen der Textökonomie in der neuen Fassung überflüssig ist. Es verseht sich von selbst, daß derartige Wege der Übermittlung weiterhin inakzeptabel sind.

14. Artikel 38a

Der Wortlaut dieses Artikels wurde dahingehend korrigiert, daß auf das Beschaffungsübereinkommen, und nicht auf das GATT Bezug genommen wird.

15. Artikel 39 - Statistische Auskunftspflicht

Der Wortlaut dieses Artikels wurde dahingehend korrigiert, daß auf das Beschaffungsübereinkommen, und nicht auf das GATT Bezug genommen wird. Weiters wurde Absatz 1 a) neu und klar strukturiert. In d) wurde der Verweis auf Telekommunikationsdienstleistungen der Kategorie 8 aufgenommen, welche nicht vom GPA erfaßt sind.

Artikel 2 Änderungen der Richtlinie 93/36/EWG

16. Artikel 5 Absatz 1 - Schwellenwerte

Die Änderungen sind rein redaktioneller Art.

17. Artikel 5

Entsprechend dem neuen neunten Erwägungsgrund wurde ein neuer Absatz eingefügt (vgl. oben Pkt. 6). Durch diese und andere entsprechende Änderungen der Richtlinie 93/37/EWG enthalten alle Vergaberichtlinien einen ausdrücklichen Verweis auf die allgemeinen Grundsätze der Gleichbehandlung und des Diskriminierungsverbotes.

18. Artikel 7 Absatz 1 und 2 - Auskunftspflicht gegenüber Bewerbern und Bietern, die nicht berücksichtigt worden sind

Vgl. die Erläuterungen oben Pkt. 9.

19. Artikel 10 Absatz 1a - Kürzere Fristen in offenen Verfahren nach vorheriger Veröffentlichung einer nichtverbindlichen Bekanntmachung

Vgl. die Erläuterungen oben Pkt. 11.

20. Artikel 11 Absatz 3a - Kürzere Fristen in nicht-offenen oder Verhandlungsverfahren nach vorheriger Veröffentlichung einer nichtverbindlichen Bekanntmachung

Vgl. die Erläuterungen oben Pkt. 12.

21. Artikel 15 Absatz 3 - Einreichung von Angeboten auf elektronischem Wege

Vgl. die Erläuterungen oben Pkt. 13.

22. Artikel 29

Der Wortlaut dieses Artikels wurde dahingehend korrigiert, daß auf das Beschaffungsübereinkommen, und nicht auf das GATT Bezug genommen wird.

23. Artikel 31 - Statistische Auskunftspflicht

Der Wortlaut dieses Artikels wurde dahingehend korrigiert, daß auf das Beschaffungsübereinkommen, und nicht auf das GATT Bezug genommen wird. Weiters wurde Artikel 2 a) klar strukturiert.

Artikel 3 Änderungen der Richtlinie 93/37/EWG

24. Artikel 6 Absatz 1 und 2 - Schwellenwerte

Die Änderung besteht in der Einführung eines eigenen, unveränderten Schwellenwertes für Bauaufträge nach Artikel 2 Absatz 1 (bestimmte Aufträge, die von Einrichtungen, die keine öffentlichen Auftraggeber sind, vergeben werden), die nicht vom GPA erfaßt sind.

25. Artikel 6

Entsprechend dem neuen neunten Erwägungsgrund wurde ein neuer Absatz eingefügt (siehe oben Pkt. 6). Durch diese und andere entsprechende Änderungen der Richtlinie 93/36/EWG (vgl. oben Pkt. 17) enthalten alle Vergaberichtlinien einen ausdrücklichen Verweis auf die allgemeinen Grundsätze der Gleichbehandlung und des Diskriminierungsverbotes.

26. Artikel 8 Absatz 1 und 2 - Auskunftspflicht gegenüber Bewerbern und Bietern, die nicht berücksichtigt worden sind

Vgl. die Erläuterungen oben Pkt. 9.

27. Artikel 12 Absatz 2 - Kürzere Fristen in offenen Verfahren nach vorheriger Veröffentlichung einer nichtverbindlichen Bekanntmachung

Vgl. die Erläuterungen oben Pkt. 11.

28. Artikel 13 Absatz 4 - Kürzere Fristen in nicht-offenen oder Verhandlungsverfahren nach vorheriger Veröffentlichung einer nichtverbindlichen Bekanntmachung

Vgl. die Erläuterungen oben Pkt. 12.

29. Artikel 18 Absatz 7 - Einreichung von Angeboten auf elektronischem Wege

Vgl. die Erläuterungen oben Pkt. 13.

30. Artikel 33a

Der Wortlaut dieses Artikels wurde dahingehend korrigiert, daß auf das Beschaffungsübereinkommen, und nicht auf das GATT Bezug genommen wird.

31. Artikel 34 - Statistische Auskunftspflicht

Die Änderungen sind rein redaktioneller Art..

32. Annex I

Die zentralen Beschaffungsstellen von Österreich, Finnland und Schweden wurden in Anhang I dazugefügt. Im übrigen bleibt dieser Anhang unverändert.

33. Artikel 4 - Inkrafttreten

Das in Absatz 1 genannte Datum der Umsetzung ist nur vorläufig.

34. Andere Bestimmungen

Die Streichung von Artikel 7 Absatz 8 der Richtlinie 92/50/EWG sowie der Anhänge II bis IV ist im Vergleich zum ursprünglichen Vorschlag der Kommission unverändert.

Geänderter Vorschlag für eine

RICHTLINIE DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES

zur Änderung

der Richtlinie 92/50/EWG über die Koordinierung der Verfahren zur Vergabe öffentlicher Dienstleistungsaufträge, der Richtlinie 93/36/EWG über die Koordinierung der Verfahren zur Vergabe öffentlicher Lieferaufträge und der Richtlinie 93/37/EWG über die Koordinierung der Verfahren zur Vergabe öffentlicher Bauaufträge

DAS EUROPÄISCHE PARLAMENT UND DER RAT DER EUROPÄISCHEN UNION

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, insbesondere auf Artikel 57 Absatz 2, 66 und 100 a,

auf Vorschlag der Kommission [1];

nach Stellungnahme des Wirtschafts- und Sozialausschusses[2],

gemäß Artikel 189b des Vertrages[3],

in Erwägung nachstehender Gründe:

Mit Beschluß 94/800/EG über den Abschluß der im Rahmen der multilateralen Handelsverhandlungen der Uruguay-Runde ausgehandelten Übereinkommen[4] hat der Rat im Namen der Europäischen Union u.a. das Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen - nachstehende "Übereinkommen" genannt - gebilligt, das einen internationalen Rahmen ausgewogener Rechte und Pflichten im öffentlichen Beschaffungswesen festlegt, um den Welthandel zu liberalisieren und auszuweiten.

Mit den Richtlinien 92/50/EWG, 93/36/EWG und 93/37/EWG sind die einzelstaatlichen Verfahren zur Vergabe öffentlicher Dienstleistungs-, Liefer- und Bauaufträge koordiniert worden, um in allen Mitgliedstaaten gleiche Bedingungen für die Beteiligung an der Vergabe öffentlicher Aufträge zu schaffen.

Aufgrund der völkerrechtlichen Rechte und Pflichten, die sich für die Union aus der Annahme des Beschaffungsübereinkommens ergeben, sind auf Bieter und Erzeugnisse aus Drittländern, die dieses Übereinkommen unterzeichnet haben, die in dem betreffenden Übereinkommen enthaltenen Regeln anzuwenden, wobei jedoch folgende

---

[1] ABl Nr. C

[2] ABl Nr. C

[3] ABl Nr.

[4] ABl Nr. L 336 vom 23.12.1994, 1

Aufträge nicht in den Anwendungsbereich dieses Übereinkommens fallen: Dienstleistungsaufträge wie sie in Anhang I B der Richtlinie 92/50/EWG genannt sind, Aufträge für in Anhang I A Kategorie 8 enthaltene Dienstleistungen im Bereich Forschung und Entwicklung, Aufträge für in Anhang I A Kategorie 5 enthaltene Dienstleistungen im Fernmeldewesen mit den CPC-Referenznummern 7524, 7525 und 7526 sowie Aufträge für in Anhang I A Kategorie 6 enthaltene Finanzdienstleistungen im Bereich Ausgabe, Verkauf, Ankauf oder Übertragung von Wertpapieren oder anderen Finanzinstrumenten sowie Dienstleistungen von Zentralbanken.

Einige Vorschriften des Übereinkommens führen günstigere Bedingungen für die Bieter ein, als sie in den Richtlinien 92/50/EWG, 93/36/EWG und 93/37/EWG vorgesehen sind.

Die für Unternehmen und Erzeugnisse der Mitgliedstaaten aufgrund des Vertrages bestehenden Möglichkeiten des Zugangs zu öffentlichen Aufträgen innerhalb der Gemeinschaft müssen bei der Auftragsvergabe durch Auftraggeber im Sinne des Übereinkommens mindestens ebenso günstig sein wie die Bedingungen, die das Übereinkommen für Unternehmen und Erzeugnisse aus Drittländern, die dieses Übereinkommen unterzeichnet haben, in bezug auf den Zugang zu öffentlichen Aufträgen innerhalb der Gemeinschaft vorsieht.

Daher müssen die Bestimmungen der Richtlinien 92/50/EWG, 93/36/EWG und 93/37/EWG angepaßt und ergänzt werden.

Die Anwendung der Richtlinien muß vereinfacht werden, und die im bisherigen Gemeinschaftsrecht über öffentliche Aufträge erreichte Ausgewogenheit muß so weit als möglich gewahrt bleiben.

Deswegen müssen sich bestimmte Änderungen der Richtlinie 92/50/EWG auf alle von dieser Richtlinie erfaßten Dienstleistungskategorien erstrecken.

Die in Artikel VI Absatz 4 des Beschaffungsübereinkommens enthaltene Bestimmung, wonach die Auftraggeber von einem Unternehmen, das sich an einem bestimmten Auftrag beteiligen könnte, weder Rat einholen noch entgegennehmen dürfen, der bei der Erstellung der Spezifikationen für den betreffenden Auftrag verwendet werden kann, sofern damit der Wettbewerb ausgeschaltet wird, kommt bereits in Artikel 3 Absatz 2 der Richtlinie 92/50/EWG, in Artikel 5 Absatz 7 der Richtlinie 93/36/EWG und in Artikel 6 Absatz 6 der Richtlinie 93/37/EWG zum Ausdruck, weshalb eine diesbezügliche Änderung der Richtlinie überflüssig ist.

Die Öffentlichen Auftraggeber sind sich der Konsequenzen bewußt, die sich aus der verspäteten Zahlung für das finanzielle Wohlergehen der Wirtschaftstreibenden , im besonderen der Klein- und Mittelunternehmen, ergeben. Sie wünschen eine gute und faire Praxis sowie eine ähnliche rasche Praxis der Zahlung für die internationalen Marktteilnehmer. Die dafür notwendigen Maßnahmen sind in der Empfehlung der Kommission vom 12. Mai 1995 über Zahlungsfristen im Handelsverkehr[5] enthalten.

---

[5] ABl Nr. L 127 vom 10.6.1995, 19

HABEN FOLGENDE RICHTLINIE ERLASSEN:

Artikel 1

Die Richtlinie 92/50/EWG wird unbeschadet der sich aus dem Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen (GPA) ergebenden internationalen Rechts und Pflichten der Gemeinschaft wie folgt geändert, da das Beschaffungsübereinkommen für Bieter und Erzeugnisse der Drittländer, die das übereinkommen unterzeichnet haben, gilt und sein derzeitiger Anwendungsbereich sich nicht auf folgende Aufträge erstreckt: Dienstleistungsaufträge wie sie in Anhang I B der Richtlinie 92/50/EWG genannt sind, Aufträge für in Anhang I A Kategorie 8 enthaltene Dienstleistungen im Bereich Forschung und Entwicklung, Aufträge für in Anhang I A Kategorie 5 enthaltene Dienstleistungen im Fernmeldewesen mit den CPC-Referenznummern 7524, 7525 und 7526 sowie Aufträge für in Anhang I A Kategorie 6 enthaltene Finanzdienstleistungen im Bereich Ausgabe, Verkauf, Ankauf oder Übertragung von Wertpapieren oder anderen Finanzinstrumenten sowie Dienstleistungen von Zentralbanken.

1. **Artikel 7 Absatz 1 und 2 erhält folgenden Fassung:**

"(1) a) Diese Richtlinie gilt

- für öffentliche Dienstleistungsaufträge im Sinne des Artikels 3 Absatz 3 und für öffentliche Dienstleistungsaufträge, die Dienstleistungen des Anhangs I B, Dienstleistungen der Kategorie 8 des Anhangs I A und Fernmeldedienstleistungen der Kategorie 5 des Anhangs I A, deren CPC-Referenz-Nummern 7524, 7525 und 7526 lauten, zum Gegenstand haben, die von den in Artikel 1 Buchstabe b genannten Auftraggebern vergeben werden und deren geschätzter Wert ohne Mehrwertsteuer mindestens 200.000 ECU beträgt;

- für öffentliche Dienstleistungsaufträge, die Dienstleistungen des Anhangs I A, ausgenommen Dienstleistungen der Kategorie 8 und Fernmeldedienstleistungen der Kategorie 5, deren CPC-Referenz-Nummern 7524, 7525 und 7526 lauten, zum Gegenstand haben,

  i) die von den in Anhang I der Richtlinie 93/36/EWG genannten Auftraggebern vergeben werden und deren geschätzter Wert ohne Mehrwertsteuer mindestens dem Gegenwert von 130.000 SZR in ECU entspricht;

  ii) die von den in Artikel 1 Buchstabe b genannten Auftraggebern, die nicht zugleich in Anhang I der Richtlinie 93/36/EWG genannt sind, vergeben werden und deren geschätzter Wert ohne Mehrwertsteuer mindestens dem Gegenwert von 200.000 SZR in ECU entspricht.

b) grundsätzlich wird der Gegenwert der unter Buchstabe a festgelegten Schwellenwerte in ECU und in den nationalen Währungen mit Wirkung vom 1. Januar 1996 alle zwei Jahre revidiert. Die Berechnung dieses Gegenwertes erfolgt auf der Grundlage des Mittelwertes in ECU der Tageswerte dieser Währungen und

des ECU in SZR in den 24 Monaten, die am letzten Augusttag vor der zum 1. Januar in Kraft tretenden Revision enden.

Die Berechnungsmethode gemäß diesem Buchstaben wird auf Vorschlag der Kommission von Beratenden Ausschuß für öffentliche Aufträge grundsätzlich 2 Jahre nach ihrer erstmaligen Anwendung überprüft.

c) Die Schwellenwerte nach Buchstabe a und die Gegenwerte in ECU und in den nationalen Währungen werden jeweils nach der Revision gemäß Buchstabe b Anfang November im Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften veröffentlicht.

(2) Bei der Berechnung des geschätzten Auftragswertes ist vom Auftraggeber die geschätzte Gesamtvergütung des Dienstleistungserbringers nach Maßgabe der Absätze 3 bis 7 zu berücksichtigen."

2. Artikel 7 Absatz 8 wird gestrichen.

3. Artikel 12 Absätze 1 und 2 erhält folgende Fassung:

"(1) Der Auftraggeber teilt den nicht berücksichtigten Bewerbern oder Bietern innerhalb einer Frist von fünfzehn Tagen nach Eingang eines schriftlichen Antrags die Gründe für die Ablehnung ihrer Bewerbung oder ihres Angebots und den Bietern, die ein ordnungsgemäßes Angebot eingereicht haben, die Merkmale und Vorteile des erfolgreichen Angebots und den Namen des erfolgreichen Bieters mit.

Der Auftraggeber kann jedoch gewisse im vorstehenden Unterabsatz genannte Informationen über die Auftragsvergabe zurückhalten, wenn die Weitergabe den Gesetzesvollzug vereiteln würde oder sonst nicht im öffentlichen Interesse läge oder den berechtigten Geschäftsinteressen privater oder öffentlicher Unternehmen oder dem fairen Wettbewerb unter den Dienstleistungserbringern schaden würde.

(2) Der Auftraggeber unterrichtet die Bewerber und Bieter so rasch wie möglich über die bei der Auftragsvergabe getroffenen Entscheidungen wie auch über die Gründe, aus denen er beschlossen hat, einen Auftrag, für den bereits eine Ausschreibung stattgefunden hat, nicht zu vergeben oder das Verfahren neu einzuleiten; auf Antrag teilt er ihnen dies schriftlich mit. Er unterrichtet außerdem das Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften von diesen Entscheidungen."

4. Artikel 13 Absätze 1 und 2 erhält folgende Fassung:

"(1) Dieser Artikel findet auf Wettbewerbe Anwendung, die im Rahmen eines Verfahrens durchgeführt werden, das zu einem Dienstleistungsauftrag führen soll, dessen geschätzter Wert ohne Mehrwertsteuer mindestens folgenden Werten entspricht:

- dem Schwellenwert nach Artikel 7 Absatz 1 Buchstabe a erster Gedankenstrich für die Dienstleistungen des Anhangs I B, die Dienstleistungen der Kategorie 8 des Anhangs I A und die Fernmeldedienstleistungen der Kategorie 5 des Anhangs I A, deren CPC-Referenz-Nummern 7524, 7525 und 7526 lauten und

die von den in Artikel 1 Buchstabe b genannten Auftraggebern vergeben werden,

- dem Schwellenwert nach Artikel 7 Absatz 1 Buchstabe a zweiter Gedankenstrich Ziffer i für die Dienstleistungen des Anhangs I A, mit Ausnahme der Dienstleistungen der Kategorie 8 und der Fernmeldedienstleistungen der Kategorie 5, deren CPC-Referenz-Nummern 7524, 7525 und 7526 lauten und die von den in Anhang I der Richtlinie 93/36/EWG genannten Auftraggebern vergeben werden,

- dem Schwellenwert nach Artikel 7 Absatz 1 Buchstabe a zweiter Gedankenstrich Ziffer ii für die Dienstleistungen des Anhangs I A mit Ausnahme der Dienstleistungen der Kategorie 8 und der Fernmeldedienstleistungen der Kategorie 5, deren CPC-Referenz-Nummern 7524, 7525 und 7526 lauten und die von den in Artikel 1 Buchstabe b genannten Auftraggebern, die nicht zugleich in Anhang I der Richtlinie 93/36/EWG aufgeführt sind, vergeben werden."

(2) Dieser Artikel findet auf sämtliche Wettbewerbe Anwendung, wenn die Summe der Preisgelder und Zahlungen an Teilnehmer mindestens folgenden Werten entspricht:

- dem Schwellenwert nach Artikel 7 Absatz 1 Buchstabe a erster Gedankenstrich für die Dienstleistungen des Anhangs I B, die Dienstleistungen der Kategorie 8 des Anhangs I A und die Fernmeldedienstleistungen der Kategorie 5 des Anhangs I A, deren CPC-Referenz-Nummern 7524, 7525 und 7526 lauten und die von den in Artikel 1 Buchstabe b genannten Auftraggebern vergeben werden,

- dem Schwellenwert nach Artikel 7 Absatz 1 Buchstabe a zweiter Gedankenstrich Ziffer i für die Dienstleistungen des Anhangs I A, mit Ausnahme der Dienstleistungen der Kategorie 8 und der Fernmeldedienstleistungen der Kategorie 5, deren CPC-Referenz-Nummern 7524, 7525 und 7526 lauten und die von den in Anhang I der Richtlinie 93/36/EWG genannten Auftraggebern vergeben werden,

- dem Schwellenwert nach Artikel 7 Absatz 1 Buchstabe a zweiter Gedankenstrich Ziffer ii für die Dienstleistungen des Anhangs I A mit Ausnahme der Dienstleistungen der Kategorie 8 und der Fernmeldedienstleistungen der Kategorie 5, deren CPC-Referenz-Nummern 7524, 7525 und 7526 lauten und die von den in Artikel 1 Buchstabe b genannten Auftraggebern, die nicht zugleich in Anhang I der Richtlinie 93/36/EWG aufgeführt sind, vergeben werden."

5. Artikel 18 Absatz 2 erhält folgende Fassung:

"(2) Die Frist für den Eingang der Angebote nach Absatz 1 kann durch eine Frist ersetzt werden, die so lang ist, daß die Interessenten ordnungsgemäße Angebote einreichen können, und die generell mindestens 36 Tage, auf jeden Fall aber mindestens 22 Tage vom Zeitpunkt der Absendung der Bekanntmachung des Auftrags an, betragen muß; dies gilt, sofern die Auftraggeber mindestens 52 Tage,

höchstens aber 12 Monate vor dem Zeitpunkt der Absendung der in Artikel 15 Absatz 2 vorgesehenen Bekanntmachung eines Auftrags an das Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften die in Artikel 15 Absatz 1 vorgesehene nichtverbindliche Bekanntmachung nach dem Muster in Anhang III Teil A (Vorinformation) an das Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften abgesandt haben und diese nichtverbindliche Bekanntmachung ferner mindestens ebenso viele Informationen wie das Muster in Anhang III Teil B (offenes Verfahren) enthält, soweit diese zum Zeitpunkt der Veröffentlichung dieser Bekanntmachung vorliegen."

6. Artikel 19 Absatz 4 erhält folgende Fassung:

"(4) Die Frist für den Eingang der Angebote nach Absatz 3 kann auf 26 Tage verkürzt werden, sofern die Auftraggeber mindestens 52 Tage, höchstens aber 12 Monate vor dem Zeitpunkt der Absendung der in Artikel 15 Absatz 2 vorgesehenen Bekanntmachung eines Auftrags an das Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften die in Artikel 15 Absatz 1 vorgesehene nichtverbindliche Bekanntmachung nach dem Muster in Anhang III Teil A (Vorinformation) an das Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften abgesandt haben und diese Bekanntmachung zum Zwecke der Vorinformation ferner mindestens ebenso viele Informationen wie das Muster in Anhang III Teil C (nicht offenes Verfahren) oder nach Möglichkeit wie das Muster in Anhang III Teil D (Verhandlungsverfahren) enthält, soweit diese zum Zeitpunkt der Veröffentlichung dieser Bekanntmachung vorliegen."

7. Artikel 23 wird durch folgenden Absatz ergänzt:

"(2) Die Angebote werden schriftlich auf direktem Weg oder mit der Post übermittelt. Die Mitgliedstaaten können zulassen, daß die Angebote auf andere Weise übermittelt werden, sofern

- jedes Angebot alle für seine Beurteilung notwendigen Angaben enthält;
- die Vertraulichkeit der Angebote bis zu ihrer Beurteilung gewahrt bleibt;
- diese Angebote umgehend schriftlich oder durch Übermittlung einer beglaubigten Kopie bestätigt werden, wenn dies aus Gründen des rechtlichen Nachweises erforderlich ist;
- die Angebote nach Ablauf der für ihre Einreichung gesetzten Frist geöffnet werden."

8. Folgender Artikel 38a wird eingefügt:

"Artikel 38 a

Bei der Auftragsvergabe durch Auftraggeber wenden die Mitgliedstaaten im Rahmen ihrer Beziehungen Bedingungen an, die ebenso günstig sind wie diejenigen, die sie gemäß dem Beschaffungsübereinkommen Drittländern einräumen. Zu diesem Zweck konsultieren die Mitgliedstaaten einander im Beratenden Ausschuß für öffentliche Aufträge über die Maßnahmen, die aufgrund des Übereinkommens zu treffen sind."

9. Artikel 39 erhält folgende Fassung:

"(1) Um eine Einschätzung der Ergebnisse der Anwendung dieser Richtlinie zu ermöglichen, übermitteln die Mitgliedstaaten der Kommission eine statistische Aufstellung der von den Auftraggebern vergebenen Dienstleistungsaufträge bis zum 31. Oktober 1997 für das Vorjahr und anschließend jährlich bis zum 31. Oktober.

(2) Die Aufstellung enthält mindestens folgende Angaben:

a) für Auftraggeber der Liste in Anhang I der Richtlinie 93/36/EWG:

- für jeden einzelnen öffentlichen Auftraggeber den geschätzten Gesamtwert der Aufträge unterhalb der Schwellenwerte;

- für jeden einzelnen öffentlichen Auftraggeber die Zahl und den Wert der Aufträge über den Schwellenwerten, diese so weit wie möglich aufgegliedert nach Verfahren, Kategorie der Dienstleistungen entsprechend der Nomenklatur in Anhang I und Staatsangehörigkeit der Dienstleistungserbringer, die einen Auftrag bekommen haben, bei Verhandlungsverfahren aufgegliedert nach Artikel 11 mit Zahl und Wert der Aufträge, die in die einzelnen Mitgliedstaaten und Drittländer gegangen sind;

b) für alle anderen öffentlichen Auftraggeber im Sinne dieser Richtlinie Angaben für jede Kategorie von Auftraggebern über die Zahl und den Wert der Aufträge über den Schwellenwerten, diese so weit wie möglich aufgegliedert nach Verfahren, Kategorie der Dienstleistungen entsprechend der Nomenklatur in Anhang I und Staatsangehörigkeit des Dienstleistungserbringers, der einen Auftrag erhalten hat, bei Verhandlungsverfahren aufgegliedert nach Artikel 11 mit Angaben über die Zahl und den Wert der Aufträge, die in die einzelnen Mitgliedstaaten und Drittländer gegangen sind;

c) für jeden einzelnen Auftraggeber der Liste in Anhang I der Richtlinie 93/36/EWG Angaben zu Zahl und Gesamtwert der Aufträge, die aufgrund von Ausnahmeregelungen zum Beschaffungsübereinkommen vergeben wurden; für alle anderen Auftraggeber im Sinne der Richtlinie Angaben für jede Kategorie von Auftraggebern über den Gesamtwert der Aufträge, die aufgrund von Ausnahmeregelungen zum Beschaffungsübereinkommen vergeben wurden;

d) sonstige nach dem Verfahren des Artikels 40 Absatz 3 festgelegte statistische Angaben, die im Einklang mit dem Beschaffungsübereinkommen verlangt werden.

Diese Statistiken enthalten keine Angaben über Aufträge für Dienstleistungen der Kategorie 8 in Anhang I A und der Fernmeldedienstleistungen der Kategorie 5, deren CPC-Referenz-Nummern 7524, 7525 und 7526 lauten, und Dienstleistungen der Liste in Anhang I B, soweit der geschätzte Wert ohne Mehrwertsteuer unter 200.000 ECU liegt.

(3) Die Kommission legt die Art der statistischen Informationen, die gemäß dieser Richtlinie verlangt werden, nach dem Verfahren des Artikels 40 Absatz 3 fest."

10. Die Muster in Anhang III werden durch die Muster in Anhang II dieser Richtlinie ersetzt.

Artikel 2

Die Richtlinie 93/36/EWG wird wie folgt geändert:

1. Artikel 5 Absatz 1 erhält folgende Fassung:

"(1) a) Die Abschnitte II, III und IV sowie die Artikel 6 und 7 finden auf öffentliche Lieferaufträge Anwendung:

i) die von den öffentlichen Auftraggebern im Sinne von Artikel 1 Buchstabe b vergeben werden; hierzu gehören auch die Lieferverträge, die von den in Anhang I bezeichneten öffentlichen Auftraggebern im Verteidigungsbereich vergeben werden, sofern sie sich auf nicht unter Anhang II fallende Waren beziehen, wenn der geschätzte Auftragswert ohne Mehrwertsteuer mindestens dem Gegenwert von 200.000 SZR in ECU entspricht;

ii) die durch die in Anhang I aufgeführten öffentlichen Auftraggeber vergeben werden und deren geschätzter Auftragswert ohne Mehrwertsteuer mindestens den Gegenwert von 130.000 SZR in ECU erreicht; bei Auftraggebern im Verteidigungsbereich gilt dies nur für Lieferaufträge betreffend Waren, die durch Anhang II erfaßt sind.

b) Diese Richtlinie gilt für öffentliche Lieferaufträge, deren geschätzter Wert mindestens den jeweiligen Schwellenwert zum Zeitpunkt der Veröffentlichung der Bekanntmachung gemäß Artikel 9 Absatz 2 erreicht.

c) Der Gegenwert der in Absatz 1 festgelegten Schwellenwerte in ECU und in den Landeswährungen wird mit Wirkung vom [1. Januar 1988] grundsätzlich alle zwei Jahre überprüft. Die Berechnung dieses Gegenwertes beruht auf den durchschnittlichen Tageswerten dieser Währungen in ECU und des ECU in SZR für die 24 Monate, die an dem letzten Augusttag enden, der der Überprüfung zum 1. Januar vorausgeht.

Die Berechnungsweise gemäß diesem Buchstaben wird auf Vorschlag der Kommission im Beratenden Ausschuß für öffentliche Aufträge grundsätzlich zwei Jahre nach ihrer ersten Anwendung überprüft.

d) Die Schwellenwerte gemäß Absatz 1 und ihre Gegenwerte in ECU und in den Landeswährungen werden im Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften jeweils Anfang des Monats November veröffentlicht, der auf die gemäß Buchstabe c Unterabsatz 1 vorgesehene Überprüfung folgt."

2. Dem Artikel 5 wird folgender Absatz angefügt:

"(7) Die öffentlichen Auftraggeber tragen dafür Sorge, daß es nicht zu einer Diskriminierung unter den verschiedenen Lieferanten kommt."

3. Artikel 7 Absätze 1 und 2 erhält folgende Fassung:

"(1) Der öffentliche Auftraggeber teilt den nicht berücksichtigten Bewerbern oder Bietern innerhalb einer Frist von fünfzehn Tagen nach Eingang eines entsprechenden schriftlichen Antrags die Gründe für die Ablehnung ihrer Bewerbung oder ihres Angebots und den Bietern, die ein ordnungsgemäßes Angebot eingereicht haben, die Merkmale und Vorteile des erfolgreichen Angebots und den Namen des erfolgreichen Bieters mit.

Der öffentliche Auftraggeber kann jedoch im vorstehenden Unterabsatz genannte Informationen über die Auftragsvergabe zurückhalten, wenn die Weitergabe den Gesetzesvollzug vereiteln würde oder sonst nicht im öffentlichen Interesse läge oder den berechtigten Geschäftsinteressen öffentlicher oder privater Unternehmen oder dem fairen Wettbewerb unter den Lieferanten schaden würde.

(2) Der öffentliche Auftraggeber teilt den Bewerbern und Bietern so rasch wie möglich die bei der Auftragsvergabe gefaßten Beschlüsse wie auch die Gründe mit, aus denen beschlossen wurde, auf die Vergabe eines dem Wettbewerb unterstellten Auftrags zu verzichten oder das Verfahren von neuem einzuleiten; auf Antrag teilt er ihnen dies schriftlich mit. Er teilt diesen Beschluß auch dem Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften mit."

4. In Artikel 10 wird folgender Absatz eingefügt:

"(1a) Die Frist für den Eingang der Angebote nach Absatz 1 kann durch eine Frist ersetzt werden, die so lang ist, daß die Interessenten ordnungsgemäße Angebote einreichen können, und die generell mindestens 36 Tage, auf jeden Fall aber mindestens 22 Tage, vom Zeitpunkt der Absendung der Bekanntmachung des Auftrags an betragen muß; dies gilt, sofern die öffentlichen Auftraggeber mindestens 52 Tage, höchstens aber 12 Monate vor dem Zeitpunkt der Absendung der in Artikel 9 Absatz 2 vorgesehenen Bekanntmachung eines Auftrags an das Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften die in Artikel 9 Absatz 1 vorgesehene nichtverbindliche Bekanntmachung nach dem Muster in Anhang IV Teil A (Vorinformation) an das Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften abgesandt haben und diese nichtverbindliche Bekanntmachung ferner mindestens ebenso viele Informationen wie das Muster einer Bekanntmachung in Anhang IV Teil B (offenes Verfahren) enthält, soweit diese zum Zeitpunkt der Veröffentlichung dieser Bekanntmachung vorliegen."

5. In Artikel 11 wird folgender Absatz eingefügt:

"(3a) Die Frist für den Eingang der Angebote nach Absatz 3 kann auf 26 Tage verkürzt werden, sofern die öffentlichen Auftraggeber mindestens 52 Tage, höchstens aber 12 Monate vor dem Zeitpunkt der Absendung der in Artikel 9 Absatz 2 vorgesehenen Bekanntmachung eines Auftrags an das Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften die in Artikel 9 Absatz 1 vorgesehene nichtverbindliche Bekanntmachung nach dem Muster in Anhang IV Teil A an das Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften abgesandt haben und diese nichtverbindliche

Bekanntmachung ferner mindestens ebenso viele Informationen wie das Muster in Anhang IV Teil C (nicht offenes Verfahren) oder nach Möglichkeit wie das Muster in Anhang IV Teil D (Verhandlungsverfahren) enthält, soweit diese zum Zeitpunkt der Veröffentlichung der Bekanntmachung vorliegen."

6. **Dem Artikel 15 wird folgender Absatz angefügt:**

"(3) Die Angebote werden schriftlich auf direktem Weg oder mit der Post übermittelt. Die Mitgliedstaaten können zulassen, daß die Angebote auf andere Weise übermittelt werden, sofern

- jedes Angebot alle für seine Beurteilung notwendigen Angaben enthält;
- die Vertraulichkeit der Angebote bis zu ihrer Beurteilung gewahrt bleibt;
- diese Angebote umgehend schriftlich oder durch Übermittlung einer beglaubigten Kopie bestätigt werden, wenn dies aus Gründen des rechtlichen Nachweises erforderlich ist;
- die Angebote nach Ablauf der für ihre Einreichung gesetzten Frist geöffnet werden."

7. **Artikel 29 erhält folgende Fassung:**

"(1) Die Kommission prüft im Benehmen mit dem Beratenden Ausschuß für öffentliche Aufträge die Anwendung dieser Richtlinie und legt dem Rat gegebenenfalls neue Vorschläge vor, die im besonderen auf eine Harmonisierung der Maßnahmen abzielen, die die Mitgliedstaaten zur Durchführung der Richtlinie getroffen haben.

(2) Die Kommission überprüft diese Richtlinie sowie die neuen Maßnahmen, die gegebenenfalls gemäß Absatz 1 beschlossen werden, unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Neuverhandlungen nach Artikel XXIV Absatz 7 des Beschaffungsübereinkommens und unterbreitet dem Rat gegebenenfalls entsprechende Vorschläge.

(3) Die Kommission bringt Anhang I nach Maßgabe der erfolgten Berichtigungen oder Änderungen nach dem Verfahren des Artikels 32 Absatz 2 jeweils auf den letzten Stand und sorgt für die Veröffentlichung im Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften."

8. **Artikel 31 erhält folgende Fassung:**

"(1) Um eine Einschätzung der Ergebnisse der Anwendung dieser Richtlinie zu ermöglichen, übermitteln die Mitgliedstaaten der Kommission bis zum 31. Oktober 1996 und für die öffentlichen Auftraggeber, die nicht auf der Liste in Anhang I stehen, bis zum 31. Oktober 1997 und danach jährlich bis zum 31. Oktober eine statistische Aufstellung über die im Vorjahr vergebenen Lieferaufträge.

(2) Die Aufstellung enthält mindestens folgende Angaben:

a) für in Anhang I genannte öffentliche Auftraggeber

- für jeden einzelnen öffentlichen Auftraggeber den geschätzten Gesamtwert der Aufträge unterhalb der Schwellenwerte;

- für jeden einzelnen öffentlichen Auftraggeber die Anzahl und den Wert der Aufträge über den Schwellenwerten, diese nach Möglichkeit aufgeschlüsselt nach Verfahren, Warenbereichen gemäß der Nomenklatur des Artikels 9 Absatz 1 und Nationalität des Lieferanten, der den Zuschlag erhalten hat; bei Verhandlungsverfahren unterteilt nach Maßgabe des Artikels 6 sowie Anzahl und Wert der Aufträge, die in die einzelnen Mitgliedstaaten und Drittländer vergeben worden sind;

b) für alle anderen öffentlichen Auftraggeber im Sinne dieser Richtlinie Angaben für jede Kategorie von Auftraggebern über die Anzahl und den Wert der Aufträge über den Schwellenwerten, nach Möglichkeit aufgeschlüsselt nach Verfahren, Warenbereichen gemäß der Nomenklatur des Artikels 9 Absatz 1 und Nationalität des Lieferanten, der den Zuschlag nach Maßgabe des Artikels 6 erhalten hat sowie Anzahl und Wert der Aufträge, die in die einzelnen Mitgliedstaaten und Drittländer vergeben worden sind;

c) für jeden einzelnen öffentlichen Auftraggeber der Liste in Anhang I Angaben zu Anzahl und Gesamtwert der Aufträge, die aufgrund von Ausnahmeregelungen zum Beschaffungsübereinkommen vergeben wurden; für alle anderen öffentlichen Auftraggeber im Sinne der Richtlinie Angaben für jede Kategorie von Auftraggebern über den Gesamtwert der Aufträge, die aufgrund von Ausnahmeregelungen zum Beschaffungsübereinkommen vergeben wurden;

d) sonstige nach dem Verfahren des Artikels 32 Absatz 2 festgelegte statistische Angaben, die im Einklang mit dem Beschaffungsübereinkommen verlangt werden.

(3) Die Kommission legt die Art zusätzlicher statistischer Informationen, die gemäß dieser Richtlinie verlangt werden, nach dem in Artikel 32 Absatz 2 vorgesehenen Verfahren fest."

9. Anhang I wird durch Anhang I dieser Richtlinie und die Muster in Anhang IV werden durch die Muster in Anhang III dieser Richtlinie ersetzt.

Artikel 3

Die Richtlinie 93/37/EWG wird wie folgt geändert:

1. Artikel 6 Absatz 1 und 2 erhält folgende Fassung:

"(1) Diese Richtlinie gilt

a) für öffentliche Bauaufträge, deren geschätzter Auftragswert ohne MWSt mindestens dem Gegenwert von 5.000.000 SZR in ECU entspricht;

b) für öffentliche Bauaufträge im Sinne des Artikels 2 Absatz 1, wenn der geschützte Auftragswert ohne MWSt mindestens 5.000.000 ECU entspricht.

(2) a) Der Gegenwert der in Absatz 1 festgelegten Schwellenwerte in ECU und in den Landeswährungen wird mit Wirkung vom 1. Januar 1996 grundsätzlich alle zwei Jahre überprüft. Die Berechnung dieses Gegenwertes beruht auf den durchschnittlichen Tageskursen des ECU in SZR und der Landeswährungen in ECU während der 24 Monate, die am letzten Augusttag enden, der der Überprüfung zum 1. Januar vorausgeht.

Der Schwellenwert gemäß Absatz 1 und sein Gegenwert in ECU und in den Landeswährungen werden jeweils im Anschluß an die Überprüfung Anfang November im Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften veröffentlicht.

b) Die Berechnungsmethode des Buchstaben a wird auf Vorschlag der Kommission durch den Beratenden Ausschuß für öffentliche Aufträge grundsätzlich zwei Jahre nach ihrer ersten Anwendung überprüft."

2. Dem Artikel 6 wird folgender Absatz angefügt:

"(7) Die öffentlichen Auftraggeber tragen dafür Sorge, daß es nicht zu einer Diskriminierung unter den verschiedenen Unternehmern kommt."

3. Artikel 8 Absätze 1 und 2 erhält folgende Fassung:

"(1) Der öffentliche Auftraggeber teilt den nicht berücksichtigten Bewerbern oder Bietern innerhalb einer Frist von fünfzehn Tagen nach Eingang eines entsprechenden schriftlichen Antrags die Gründe für die Ablehnung ihrer Bewerbung oder ihres Angebots und den Bietern, die ein ordnungsgemäßes Angebot eingereicht haben, die Merkmale und Vorteile des erfolgreichen Angebots und den Namen des erfolgreichen Bieters mit.

Der Auftraggeber kann jedoch Informationen über die Auftragsvergabe zurückhalten, wenn die Weitergabe den Gesetzesvollzug vereiteln würde oder sonst nicht im öffentlichen Interesse läge oder den berechtigten Geschäftsinteressen öffentlicher oder privater Unternehmen oder dem fairen Wettbewerb unter den Unternehmern schaden würde.

(2) Der Auftraggeber teilt den Bewerbern und Bietern so rasch wie möglich die bei der Auftragsvergabe gefaßten Beschlüsse wie auch die Gründe mit, aus denen beschlossen wurde, auf die Vergabe eines dem Wettbewerb unterstellten Auftrags zu verzichten oder das Verfahren von neuem einzuleiten; auf Antrag teilt er ihnen dies schriftlich mit. Er teilt diese Beschlüsse auch dem Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften mit."

4. Artikel 12 Absatz 2 erhält folgende Fassung:

"(2) Die in Absatz 1 vorgesehene Frist für den Eingang der Angebote kann durch eine Frist ersetzt werden, die so lang ist, daß die Interessenten ordnungsgemäße Angebote einreichen können, und die generell mindestens 36 Tage, auf jeden Fall aber mindestens 22 Tage, vom Zeitpunkt der Ansendung der Bekanntmachung des Auftrags an betragen muß; dies gilt, wenn die öffentlichen Auftraggeber mindestens 52 Tage, höchstens aber 12 Monate vor dem Zeitpunkt der Absendung der in Artikel 11 Absatz 2 vorgesehenen Bekanntmachung eines Auftrags an das Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften die in Artikel 11

Absatz 1 vorgesehene nichtverbindliche Bekanntmachung nach dem Muster in Anhang IV Teil A (Vorinformation) an das Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften abgesandt haben und diese nichtverbindliche Bekanntmachung ferner mindestens ebenso viele Informationen wie das Muster einer Bekanntmachung in Anhang IV Teil B (offenes Verfahren) enthält, soweit diese zum Zeitpunkt der Veröffentlichung der Bekanntmachung vorliegen."

5. Artikel 13 Absatz 4 erhält folgende Fassung:

"(4) Die in Absatz 3 vorgesehene Frist für den Eingang der Angebote kann auf 26 Tage verkürzt werden, wenn die öffentlichen Auftraggeber mindestens 52 Tage, höchstens aber 12 Monate vor dem Zeitpunkt der Absendung der in Artikel 11 Absatz 2 vorgesehenen Bekanntmachung eines Auftrags die in Artikel 11 Absatz 1 vorgesehene Bekanntmachung nach dem Muster in Anhang IV Teil A an das Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften abgesandt haben und diese nichtverbindliche Bekanntmachung ferner mindestens ebenso viele Informationen wie das Muster in Anhang IV Teil C (nicht offenes Verfahren) oder, nach Möglichkeit, wie das Muster in Anhang IV Teil D (Verhandlungsverfahren) enthält, soweit diese zum Zeitpunkt der Veröffentlichung dieser Bekanntmachung vorliegen."

6. Dem Artikel 18 wird folgender Absatz angefügt:

"(2) Die Angebote werden schriftlich auf direktem Weg oder mit der Post übermittelt. Die Mitgliedstaaten können zulassen, daß die Angebote auf andere Weise übermittelt werden, sofern

- jedes Angebot alle für seine Beurteilung notwendigen Angaben enthält;
- die Vertraulichkeit der Angebote bis zu ihrer Beurteilung gewahrt bleibt;
- diese Angebote umgehend schriftlich oder durch Übermittlung einer beglaubigten Kopie bestätigt werden, wenn dies aus Gründen des rechtlichen Nachweises erforderlich ist;
- die Angebote nach Ablauf der für ihre Einreichung gesetzten Frist geöffnet werden."

7. Folgender Artikel 33 a wird eingefügt:

"Bei der Auftragsvergabe durch öffentliche Auftraggeber wenden die Mitgliedstaaten im Rahmen ihrer Beziehungen Bedingungen an, die ebenso günstig sind wie diejenigen, die sie gemäß dem Beschaffungsübereinkommen Drittländern einräumen. Zu diesem Zweck konsultieren die Mitgliedstaaten einander im Beratenden Ausschuß für öffentliche Aufträge über die Maßnahmen, die aufgrund des Übereinkommens zu treffen sind."

8. Artikel 34 erhält folgende Fassung:

"(1) Um eine Einschätzung der Ergebnisse der Anwendung dieser Richtlinie zu ermöglichen, übermitteln die Mitgliedstaaten der Kommission eine statistische Aufstellung der von den öffentlichen Auftraggebern vergebenen Bauaufträge bis zum 31. Oktober 1997 für das Vorjahr und danach jährlich bis zum 31. Oktober.

(2) (a) Als Mindestinformation soll die statistische Aufstellung für jeden einzelnen öffentlichen Auftraggeber oder Gruppen von Auftraggebern die Zahl und den Wert der Aufträge über den Schwellenwerten enthalten, die nach Aufträgen, Verfahrensart, Art des Bauauftrages und Staatsangehörigkeit des Auftragnehmers, der den Auftrag erhalten hat, aufgegliedert werden. Wenn Aufträge im Verhandlungsverfahren vergeben wurden, soll nach Artikel 7 die Zahl und der Wert der Aufträge, die in die einzelnen Mitgliedstaaten und Drittländer gegangen sind, aufgegliedert werden.

(b) Für Auftraggeber, die in Anhang I der Richtlinie 93/36/EWG genannt sind, soll die statistische Aufstellung zumindest die folgenden Informationen enthalten:

für jede Kategorie von Auftraggebern zu Anzahl und Wert der Aufträge über dem Schwellenwert, diese nach Möglichkeit aufgeschlüsselt nach Verfahren, Kategorie der Bauarbeiten entsprechend der Nomenklatur in Anhang II und Nationalität des Unternehmers, der den Zuschlag erhalten hat; bei Verhandlungsverfahren aufgeschlüsselt nach Maßgabe des Artikels 7 mit Angaben über die Anzahl und den Wert der Aufträge, die in die einzelnen Mitgliedstaaten und in Drittländern vergeben worden sind;

c) für jeden einzelnen öffentliche Auftraggeber der Liste in Anhang I der Richtlinie 93/36/EWG Angaben zu Anzahl und Gesamtwert der Aufträge, die aufgrund von Ausnahmeregelungen zum Beschaffungsübereinkommen vergeben worden sind; für alle anderen öffentlichen Auftraggeber im Sinne dieser Richtlinie Einzelangaben für jede Kategorie von Auftraggebern über den Gesamtwert der Aufträge, die aufgrund von Ausnahmeregelungen zum Beschaffungsübereinkommen vergeben worden sind;

d) sonstige nach dem Verfahren des Artikels 35 Absatz 3 festgelegte statistische Angaben, die im Einklang mit dem Beschaffungsübereinkommen verlangt werden.

(3) Die Kommission legt die Art der statistischen Informationen, die gemäß dieser Richtlinie verlangt werden, nach dem in Artikel 35 Absatz 3 vorgesehenen Verfahren fest."

9. Die Muster in Anhang IV werden durch die Muster in Anhang IV dieser Richtlinie ersetzt.

Artikel 4

(1) Die Mitgliedstaaten erlassen die Rechts- und Verwaltungsvorschriften, die erforderlich sind, um dieser Richtlinie vor dem ***1. Januar 1997*** nachzukommen. Sie unterrichten die Kommission unverzüglich davon.

Wenn die Mitgliedstaaten Vorschriften erlassen, nehmen sie in diesen selbst oder durch einen Hinweis bei der amtlichen Veröffentlichung auf diese Richtlinie Bezug. Die Mitgliedstaaten regeln die Einzelheiten dieser Bezugnahme.

(2) Die Mitgliedstaaten teilen der Kommission den Wortlaut der wichtigsten innerstaatlichen Rechts- und Verwaltungsvorschriften mit, die sie auf dem unter diese Richtlinie fallenden Gebiet erlassen und übermitteln eine Tabelle mit den

Entsprechungen zwischen dieser Richtlinie und den erlassenen innerstaatlichen Vorschriften.

Artikel 5

Diese Richtlinie ist an die Mitgliedstaaten gerichtet.

ANHANG I
VERZEICHNIS DER ÖFFENTLICHEN AUFTRAGGEBER IM SINNE DES BESCHAFFUNGSÜBEREINKOMMEN IN ÜBEREINSTIMMUNG MIT DESSEN ANHANG I (ZENTALE REGIERUNGSSTELLEN)

BELGIEN

A. - Bundesstaat:

- Services du Premier Ministre
- Ministère des Affaires économiques
- Ministère des Affaires étrangères, du Commerce extérieur et de la Coopération au Développement
- Ministère de l'Agriculture
- Ministère des Classes moyennes
- Ministère des Communications et de l'Infrastructure
- Ministère de la Défense nationale[1]
- Ministère de l'Emploi et du Travail
- Ministère des Finances
- Ministère de l'Intérieur et de la Fonction publique
- Ministère de la Justice
- Ministère de la Santé publique et de l'Environnement
- la Poste[2];
- la Régie des Bâtiments;
- le Fonds des Routes;

B.
- L'Office national de Sécurité Sociale;
- L'Institut national d'Assurances sociales pour Travailleurs indépendants;
- L'Institut national d'Assurance Maladie-Invalidité;
- L'Office national des Pensions;
- La Caisse auxiliaire d'Assurance Maladie-Invalidité;
- Le Fonds des Maladies professionnelles;
- L'Office national de l'Emploi.

DÄNEMARK

1.	Prime Minister's Office	-	two departments;
2.	Ministry of Labour	-	five directorates and institutions;
3.	Ministry of Foreign Affairs		(three departments);
4.	Ministry of Housing	-	five directorates and institutions;

[1] Hinsichtlich der in Anhang II enthaltenen nichtmilitärischen Materialien
[2] Tätigkeiten der Post gemäß dem Gesetz vom 24. Dezember 1993

5.	Ministry of Energy	-	one directorate and Research Establishment "Risoe".
6.	Ministry of Finance (two departments)	-	four directorates and institutions including the Directorate for Government Procurement
		-	five other institutions;
7.	Ministry of Taxes and Duties (two departments)	-	five directorates and institutions;
8.	Ministry of Fisheries	-	four institutions;
9.	Ministry of Industry (Full name: Ministry of Industry, Trade, Handicraft and Shipping);	-	nine directorates and institutions
10.	Ministry of the Interior	-	Danish National Civil Defence Directorate
		-	one directorate;
11.	Ministry of Justice	-	Office of the Chief of Danish Police
		-	five other directorates and institutions;
12.	Ministry of Ecclesiastical Affairs		
13.	Ministry of Agriculture	-	nineteen directorates and institutions;
14.	Ministry of Environment	-	five directorates;
15.	Ministry of Cultural Affairs	-	three directorates and several state-owned museums and higher education institutions;
16.	Ministry of Social Affairs	-	four directorates
17.	Ministry of Education	-	six directorates
		-	twelve universities and other higher education institutions;
18.	Ministry of Economic Affairs (three departments);		
19.	Ministry of Defence[3]		
20.	Ministry of Health	-	several institutions including State Serum Institut and University Hospital of Copenhagen;
21.	Ministry for Research & Technology		
22.	Ministry of Transport	-	25 directorates, departments and Institutions;
23	Ministry for Communication[4] and Tourism		
24	Ministry for Business Policies Coordination		
25.	Folketinget (Parliament)		

BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

[3] Hinsichtlich der in Anhang II enthaltenen nichtmilitärischen Materialien

[4] Mit Ausnahme der Telekommunikationsdienstleistungen des Post- und Telegraphendienstes.

Liste der zentralen Beschaffungsstellen

1. Federal Foreign Office
2. Federal Ministry of Labour and Social Affairs
3. Federal Ministry of Education and Science
4. Federal Ministry for Food, Agriculture and Forestry
5. Federal Ministry of Finance
6. Federal Ministry for Research and Technology
7. Federal Ministry of the Interior (civil goods only)
8. Federal Ministry of Health
9. Federal Ministry for Women and Youth
10. Federal Ministry for Family Affairs and Senior Citizens
11. Federal Ministry of Justice
12. Federal Ministry for Regional Planning, Building and Urban Development
13. Federal Ministry of Post and Telecommunications[5]
14. Federal Ministry of Economic Affairs
15. Federal Ministry for Economic Co-operation
16. Federal Ministry of Defence[6]
17. Federal Ministry of Environment, Nature Conservation and Reactor Safety

Anmerkung

Aufgrund bestehender innerstaatlicher Verpflichtungen müssen die in diesem Verzeichnis enthaltenen Stellen zur Linderung durch den letzten Krieg bedingter Schwierigkeiten Aufträge nach besonderen Verfahren an bestimmte Gruppen vergeben.

SPANIEN

Lista de entidades

1. Ministerio de Asuntos Exteriores
2. Ministerio de Justicia
3. Ministerio de Defensa[7]
4. Ministerio de Economía y Hacienda
5. Ministerio del Interior
6. Ministerio de Obras Públicas, Transportes y Medio Ambiente
7. Ministerio de Educación y Ciencia
8. Ministerio de Trabajo y Seguridad Social
9. Ministerio de Industria y Energía
10. Ministerio de Agricultura, Pesca y Alimentación

---

[5] Ausgenommen Güter im Bereich der Telekommunikation

[6] Hinsichtlich der in Anhang II enthaltenen nichtmilitärischen Materialien

[7] Hinsichtlich der in Anhang II enthaltenen nichtmilitärischen Materialien

11. Ministerio de la Presidencia
12. Ministerio para las Administraciones Públicas
13. Ministerio de Cultura
14. Ministerio de Comercio y Turismo
15. Ministerio de Sanidad y Consumo
16. Ministerio de Asuntos Sociales

FRANKREICH

1. *Hauptbeschaffungsstellen*

A. *Allgemeiner Haushaltsplan*

- Services du Premier Ministre
- Ministère des Affaires Sociales, de la Santé et de la Ville
- Ministère de l'Intérieur et de l'Aménagement du Territoire
- Ministère de la Justice
- Ministère de la Défense
- Ministère des Affaires Etrangères
- Ministère de l'Education Nationale
- Ministère de l'Economie
- Ministère de l'Industrie, des Postes et Télécommunications et du Commerce Extérieur
- Minitère de l'Equipement, des Transports et du Tourisme
- Ministère des Entreprises et du Développement Economique, chargé des Petites et Moyennes Entreprises et du Commerce et de l'Artisanat
- Ministère du Travail, de l'Emploi et de la Formation Professionnelle
- Ministère de la Culture et de la Francophonie
- Ministère du Budget
- Ministère de l'Agriculture et de la Pêche
- Ministère de l'Enseignement Supérieur et de la Recherche
- Ministère de l'Environnement
- Ministère de la Fonction Publique
- Ministère du Logement
- Ministère de la Coopération
- Ministère des Départements et Territoires d'Outre-Mer
- Ministère de la Jeunesse et des Sports
- Ministère de la Communication
- Ministère des anciens Combattants et Victimes de Guerre

B. *Ergänzender Haushaltsplan*

Insbesondere:

- Imprimerie Nationale;

C. *Schatzsonderkonten*

Insbesondere:

- Fonds forestiers national;
- Soutien financier de l'industrie cinématographique et de l'industrie des programmes audio-visuels;
- Fonds national d'aménagement foncier et d'urbanisme;
- Caisse autonome de la reconstruction.

2. *Öffentlich-rechtliche Verwaltungseinrichtungen*

- Académie de France à Rome;
- Académie de marine;
- Académie des sciences d'Outre-Mer;
- Agence centrale des organismes de sécurité sociale (A.C.O.S.S.);
- Agences financières de bassins;
- Agence nationale pour l'amélioration des conditions de travail (A.N.A.C.T.);
- Agence nationale pour l'amélioration de l'habitat (A.N.A.H.);
- Agence nationale pour l'emploi (A.N.P.E.);
- Agence nationale pour l'indemnisation des français d'Outre-Mer (A.N.I.F.O.M.);
- Assemblée permanente des chambres d'agriculture (A.P.C.A.);
- Bibliothèque nationale;
- Bibliothèque nationale et universitaire de Strasbourg;
- Bureau d'études des postes et télécommunications d'Outre-Mer (B.E.P.T.O.M.);
- Caisse des dépôts et consignations;
- Caisse nationale des allocations familiales (C.N.A.F.);
- Caisse nationale d'assurance maladie des travailleurs salariés (C.N.A.M.);
- Caisse nationale d'assurance-vieillesse des travailleurs salariés (C.N.A.V.T.S.);
- Caisse nationale des autoroutes (C.N.A.)
- Caisse nationale militaire de sécurité sociale (C.N.M.S.S.);
- Caisse nationale des monuments historiques et des sites;
- Caisse nationale des télécommunications[8];
- Caisse de garantie du logement social;
- Casa de Velasquez;
- Centre d'enseignement zootechnique de Rambouillet;

[8]Nur Postwesen

- Centre d'études du milieu et de pédagogie appliquée du Ministère de l'Agriculture;
- Centre d'études supérieures de sécurité sociale;
- Centres de formation professionnelle agricole;
- Centre national d'art et de culture Georges Pompidou;
- Centre national de la cinématographie française;
- Centre national d'études et de formation pour l'enfance inadaptée;
- Centre national d'études et d'expérimentation du machinisme agricole, du génie rural, des eaux et des forêts;
- Centre national et de formation pour l'adaptation scolaire et l'éducation spécialisée (C.N.E.F.A.S.E.S.);
- Centre national de formation et de perfectionnement des professeurs d'enseignement ménager agricole;
- Centre national des lettres;
- Centre national de documentation pédagogique;
- Centre national des oeuvres universitaires et scolaires (C.N.O.U.S.);
- Centre national d'opthalmologie des quinze-vingts;
- Centre national de préparation au professorat de travaux manuels éducatifs et d'enseignement ménager;
- Centre national de promotion rurale de Marmilhat;
- Centre national de la recherche scientifique (C.N.R.S.);
- Centre régional d'éducation populaire d'Ile de France;
- Centres d'éducation populaire et de sport (C.R.E.P.S.);
- Centres régionaux des oeuvres universitaires (C.R.O.U.S.);
- Centres régionaux de la propriété forestière;
- Centre de sécurité sociale des travailleurs migrants;
- Chancelleries des universités;
- Collège de France
- Commission des opérations de bourse;
- Conseil supérieur de la pêche;
- Conservatoire de l'espace littoral et des rivages lacustres;
- Conservatoire national des arts et métiers;
- Conservatoire national supérieur de musique;
- Conservatoire national supérieur d'art dramatique;
- Domaine de Pompadour;
- Ecole centrale - Lyon;
- Ecole centrale des arts et manufactures;
- Ecole française d'archéologie d'Athènes;
- Ecole française d'Extrême-Orient;
- Ecole française de Rome;
- Ecole des hautes études en sciences sociales;
- Ecole nationale d'administration;
- Ecole nationale de l'aviation civile (E.N.A.C.);
- Ecole nationale des Chartes;
- Ecole nationale d'équitation;
- Ecole nationale du génie rural des eaux et des forêts (E.N.G.R.E.F.);

- Ecoles nationales d'ingénieurs;
- Ecole nationale d'ingénieurs des industries des techniques agricoles et alimentaires;
- Ecoles nationales d'ingénieurs des travaux agricoles;
- Ecole nationale des ingénieurs des travaux ruraux et des techniques sanitaires;
- Ecole nationale des ingénieurs des travaux des eaux et forêts (E.N.I.T.E.F.);
- Ecole nationale de la magistrature;
- Ecoles nationales de la marine marchande;
- Ecole nationale de la santé publique (E.N.S.P.);
- Ecole nationale de ski et d'alpinisme;
- Ecole nationale supérieure agronomique - Montpellier;
- Ecole nationale supérieure agronomique - Rennes;
- Ecole nationale supérieure des arts décoratifs;
- Ecole nationale supérieure des arts et industries - Strasbourg;
- Ecole nationale supérieure des arts et industries textiles - Roubaix;
- Ecoles nationales supérieures d'arts et métiers;
- Ecole nationale supérieure des beaux-arts;
- Ecole nationale supérieure des bibliothécaires;
- Ecole nationale supérieure de céramique industrielle;
- Ecole nationale supérieure de l'électronique et de ses applications (E.N.S.E.A.);
- Ecole nationale supérieure d'horticulture;
- Ecole nationale supérieure des industries agricoles alimentaires;
- Ecole nationale supérieure du paysage (rattachée à l'école nationale supérieure d'horticulture);
- Ecole nationale supérieure des sciences agronomiques appliquées (E.N.S.S.A.);
- Ecoles nationales vétérinaires;
- Ecole nationale de voile;
- Ecoles normales d'instituteurs et d'institutrices;
- Ecoles normales nationales d'apprentissage;
- Ecoles normales supérieures;
- Ecole polytechnique;
- Ecole technique professionelle agricole et forestière de Meymac (Corrèze)
- Ecole de sylviculture - Crogny (Aube);
- Ecole de viticulture et d'oenologie de la Tour Blanche (Gironde);
- Ecole de viticulture - Avize (Marne);
- Etablissement national de convalescents de Saint-Maurice;
- Etablissement national des invalides de la marine (E.N.I.M.);
- Etablissement national de bienfaisance Koenigs-Wazter;
- Fondation Carnegie;
- Fondation Singer-Polignac;
- Fonds d'action sociale pour les travailleurs immigrés et leurs familles;
- Hôpital-hospice national Dufresne-Sommeiller;
- Institut de l'élevage et de médicine vérérinaire des pays tropicaux (I.E.M.V.P.T.)

- Institut français d'archéologie orientale du Caire;
- Institut géographique national;
- Institut industriel du Nord;
- Institut international d'administration publique (I.I.A.P.);
- Institut national agronomique de Paris-Grignon;
- Institut national des appellations d'origine des vins et eux-de-vie (I.N.A.O.V.E.V.);
- Institut national d'astronomie et de géophysique (I.N.A.G.);
- Institut national de la consommation (I.N.C.);
- Institut national d'éducation populaire (I.N.E.P.);
- Institut national d'études démographiques (I.N.E.D.);
- Institut national des jeunes aveugles - Paris;
- Institut national des jeunes sourdes - Bordeaux;
- Institut national des jeunes sourds - Chambéry;
- Institut national des jeunes sourds - Metz;
- Institut national des jeunes sourds - Paris;
- Institut national de physique nucléaire et de physique des particules (I.N2.P3);
- Institut national de promotion supérieure agricole;
- Institut national de la propriété industrielle;
- Institut national de la recherche agronomique (I.N.R.A.);
- Institut national de recherche pédagogique (I.N.R.P.);
- Institut national de la santé et de la recherche médicale (I.N.S.E.R.M.);
- Institut national des sports;
- Instituts nationaux polytechniques;
- Instituts nationaux des sciences appliquées;
- Instituts national supérieur de chimie industrielle de Rouen;
- Institut national de recherche en informatique et en automatique (I.N.R.I.A.);
- Institut national de recherche sur les transports et leur sécurité (I.N.R.E.T.S.);
- Instituts régionaux d'administration;
- Institut supérieur des matériaux et de la construction mécanique de Saint-Ouen
- Musée de l'armée;
- Musée Gustave Moreau;
- Musée de la marine;
- Musée national J.J. Henner;
- Musée national de la Légion d'Honneur;
- Musée de la poste;
- Muséum national d'histoire naturelle;
- Musée Augustre Rodin;
- Observatoire de Paris;
- Office de coopération et d'accueil universitaire;
- Office français de protection des réfugiés et apatrides;
- Office national des anciens combattants;
- Office national de la chasse;
- Office national d'information sur les enseignements et les professions (O.N.I.S.E.P.);
- Office national d'immigration (O.N.I.);

- O.R.S.T.O.M. - Institut français de recherche scientifique pour le développement en coopération;
- Office universitaire et culturel français pour l'Algérie;
- Palais de la découverte;
- Parcs nationaux;
- Réunion des musées nationaux;
- Syndicat des transports parisiens;
- Thermes nationaux - Aix-les-Bains;
- Universités.

3. *Andere öffentlich-rechtliche Verwaltungseinrichtungen*

- Union des groupements d'achats publics (U.G.A.P.).

GRIECHENLAND

List of entities

1. Ministry of National Economy
2. Ministry of Education and Religion
3. Ministry of Commerce
4. Ministry of Industry, Energy and Technology
5. Ministry of Merchant Marine
6. Ministry to the Prime Minister
7. Ministry of the Aegean
8. Ministry of Foreign Affairs
9. Ministry of Justice
10. Ministry of the Interior
11. Ministry of Labour
12. Ministry of Culture and Sciences
13. Ministry of Environment, Planning and Public Works
14. Ministry of Finance
15. Ministry of Transport and Communications
16. Ministry of Health and Social Security
17. Ministry of Macedonia and Thrace
18. Army General Staff
19. Navy General Staff
20. Airforce General Staff
21. Ministry of Agriculture
22. General Secretariat for Press and Information
23. General Secretariat for Youth
24. General State Laboratory

25. General Secretariat for Further Education
26. General Secretariat of Equality
27. General Secretariat for Social Security
28. General Secretariat for Greeks Living Abroad
29. General Secretariat for Industry
30. General Secretariat for Research and Technology
31. General Secretariat for Sports
32. General Secretariat for Public Works
33. National Statistical Service
34. National Welfare Organisation
35. Workers' Housing Organisation
36. National Printing Office
37. Greek Atomic Energy Commission
38. Greek Highway Fund
39. University of Athens
40. University of the Aegean
41. University of Thessaloniki
42. University of Thrace
43. University of Ioannina
44. University of Patras
45. Polytechnic School of Crete
46. Sivitanidios Technical School
47. University of Macedonia
48. Eginitio Hospital
49. Areteio Hospital
50. National Centre of Public Administration
51. Hellenic Post (EL. TA.)
52. Public Material Management Organisation
53. Farmers' Insurance Organisation
54. School Building Organisation

IRLAND

1. *Hauptbeschaffungsstellen*

   Office of Public Works

2. *Sonstige Stellen*

   - President's Establishment;
   - Houses of the Oireachtas (Parliament);
   - Department of the Taoiseach (Prime Minister);
   - Office of the Tanaiste (Deputy Prime Minister)

- Central Statistics Office;
- Department of Arts, Culture and the Gaeltacht
- National Gallery of Ireland;
- Department of Finance;
- State Laboratory;
- Office of the Comptroller and Auditor General;
- Office of the Attorney General;
- Office of the Director of Public Prosecutions;
- Valuation Office;
- Civil Service Commission;
- Office of the Ombudsman;
- Office of the Revenue Commissioners;
- Department of Justice;
- Commissioners of Charitable Donations and Bequests for Ireland;
- Department of the Environment;
- Department of Education;
- Department of the Marine;
- Department of Agriculture, Food and Forestry;
- Department of Enterprise and Employment
- Department of Trade and Tourism;
- Department of Defence[9];
- Department of Foreign Affairs;
- Department of Social Welfare;
- Department of Health;
- Department of Transport, Energy and Communications.

ITALIEN

Beschaffungsstellen

1. Ministry of the Treasury [10]
2. Ministry of Finance [11]
3. Ministry of Justice
4. Ministry of Foreign Affairs
5. Ministry of Education
6. Ministry of the Interior
7. Ministry of Public Works
8. Ministry for Co-ordination (International Relations and EC Agricultural Policies)
9. Ministry of Industry, Trade and Craft Trades
10. Ministry of Employment and Social Security
11. Ministry of Health

---

[9] Hinsichtlich der in Anhang II enthaltenen nichtmilitärischen Materialien
[10] Zentrale Beschaffungsstelle für die meisten übrigen Ministerien bzw. Stellen
[11] Von der Monopolstelle für Tabak und Salz vergebene Aufträge nicht inbegriffen

12. Ministry of Cultural Affairs and the Environment
13. Ministry of Defence[12]
14. Budget and Economic Planning Ministry
15. Ministry of Foreign Trade
16. Ministry of Posts and Telecommunications[13]
17. Ministry of the Environment
18. Ministry of University and Scientifical and Technological Research

LUXEMBURG

1. Ministère d'Etat: Service central des imprimés et des fournitures de l'Etat;
2. Ministère de l'agriculture: Administration des Services techniques de l'Agriculture;
3. Ministère de l'education nationale: Lycées d'enseignement secondaire et d'enseignement
   secondaire technique;
4. Ministère de la famille et de la solidarité sociale: Maisons de retraite;
5. Ministère de la force publique: Armée [14] - Gendarmerie - Police;
6. Ministère de la justice: Etablissements pénitientiaires;
7. Ministère de la santé publique: Hôpital neuropsychiatrique;
8. Ministère des travaux publics: Bâtiments publics - Ponts et Chaussées;
9. Ministère des Communications: Centre informatique de l'Etat
10. Ministère de l'environnement: Commissariat général à la Protection des Eaux.

NIEDERLANDE

Verzeichnis der Auftraggeber

Ministerien und zentrale Regierungsstellen

1. Ministry of General Affairs - Ministerie van Algemene Zaken
   - Advisory Council on Government Policy - Bureau van de Wetenschappelijke Raad voor het Regeringsbeleid
   - National Information Office - Rijksvoorlichtingsdienst
2. Ministry of the Interior - Ministerie van Binnenlandse Zaken
   - Government Personnel Information System Service - Dienst Informatievoorziening Overheidspersoneel
   - Redundancy Payment and Benefits Agency - Dienst Uitvoering Ontslaguitkeringsregelingen

[12] Hinsichtlich der in Anhang II enthaltenen nichtmilitärischen Materialien
[13] Nur Postwesen
[14] Hinsichtlich der in Anhang II enthaltenen nichtmilitärischen Materialien

- Public Servants Medical Expenses Agency - Dienst Ziektekostenvoorziening Overheidspersoneel
- RPD Advisory Service - RPD Advies
- Central Archives and Inderdepartmental Text Processing - CAS/ITW

3. Ministry of Foreign Affairs + Directorate-General for Development Cooperation of the Ministry of Foreign affairs - Ministerie van Buitenlandse Zaken + Ministerie voor Ontwikkelingssamenwerking
4. Ministry of Defence - Ministerie van Defensie[15]
   - Directorate of material Royal Netherlands Navy - Directie materieel Koninklijke Marine
   - Directorate of material Royal Netherlands Army - Directie materieel Koninklijke Landmacht
   - Directorate of material Royal Netherlands Airforce - Directie materieel Koninklijke Luchtmacht
5. Ministry of Economic Affairs - Ministerie van Economische Zaken
   - Economic Investigation Agency - Economische Controledienst
   - Central Plan Bureau - Centraal Planbureau
   - Netherlands Central Bureau of Statistics - Centraal Bureau voor de Statistiek
   - Senter - Senter
   - Industrial Property Office - Bureau voor de Industriële Eigendom
   - Central Licensing Office for Import and Export - Centrale Dienst voor de In- en Uitvoer
   - State Supervision of Mines - Staatstoezicht op de Mijnen
   - Geological Survey of the Netherlands - Rijks Geologische Dienst
6. Ministry of Finance - Ministerie van Financiën
   - State Property Department - Dienst der Domeinen
   - Directorates of the State Tax Department - Directies der Rijksbelastingen
   - State Tax Department/Fiscal Intelligence and Information Department - Belastingdienst/FIOD
   - State Tax Department/Computer Centre - Belastingdienst/Automatiseringscentrum
   - State Tax Department/Training - Belastingdienst/Opleidingen
7. Ministry of Justice - Ministerie van Justitie
   - Education and Training Organization, Directorate General for the Protection of Young People and the care of Offenders - Opleidings- en vormingsorganisatie Directoraat-Generaal Jeugdbescherming en Delinquentenzorg
   - Child Care and Protection Board - Raden voor de Kinderbescherming in de provincies
   - State Institutions for Child care and Protection - Rijksinrichtingen voor de Kinderbescherming in de provincies
   - Prisons - Penitentiaire inrichtingen in de provincie

[15] Hinsichtlich der in Anhang II enthaltenen nichtmilitärischen Materialien

- State Institutions for Persons Placed under Hospital Order - Rijksinrichtingen voor T.B.S.- verpleging in de provincies
- Internal Facilities Service of the Directorate for Young Offenders and Young Peoples Institute - Dienst Facilitaire Zaken van de Directie Delinquentenzorg en Jeugdinrichtingen
- Legal Aid Department - Dienst Gerechtelijke Ondersteuning in de arrondisementen
- Central Collection Office for the Courts - Centraal Ontvangstkantoor der Gerechten
- Central Debt Collection Agency of the Ministry of Justice - Centraal Justitie Incassobureau
- National Criminal Investigation Department - Rijksrecherche
- Forensic Laboratory - Gerechtelijk Laboratorium
- National Police Services Force - Korps Landelijke Politiediensten
- District offices of the Immigration and Naturalisation Service - Districtskantoren Immigratie- en Naturalisatiedienst

8. Ministry of Agriculture, Nature Management and Fisheries - Ministerie van Landbouw, Natuurbeheer en Visserij
   - National Forest Service - Staatsbosbeheer
   - Agricultural Research Service - Dienst Landbouwkundig Onderzoek
   - Agricultural Extension Service - Dienst Landbouwvoorlichting
   - Land Development Service - Landinrichtingsdienst
   - National Inspection Service for Animals and Animal Protection - Rijksdienst voor de Keuring van Vee en Vlees
   - Plant Protection Service - Plantenziektenkundige Dienst
   - General Inspection Service - Algemene Inspectiedienst
   - National Fisheries Research Institute - Rijksinstituut voor Visserijonderzoek
   - Government Institute for Quality Control of Agricultural Products - Rijkskwaliteit Instituut voor Land- en Tuinbouwprodukten
   - National Institute for Nature Management - Instituut voor Bos- en Natuuronderzoek
   - Game Fund - Jachtfonds
9. Ministry of Education and Science - Ministerie van Onderwijs en Wetenschappen
   - Royal Library - Koninklijke Bibliotheek
   - Institute for Netherlands History - Instituut voor Nederlandse Geschiedenis
   - Netherlands State Institute for War Documentation - Rijksinstituut voor Oorlogsdocumentatie
   - Institute for Educational Research - Instituut voor Onderzoek van het Onderwijs
   - National Institute for Curriculum Development - Instituut voor de Leerplan Ontwikkeling
10. Ministry of Social Affairs and Employment - Ministerie van Sociale Zaken en Werkgelegenheid
    - Wages Inspection Service - Loontechnische dienst

- Inspectorate for Social Affairs and Employment - Inspectie en Informatie Sociale Zaken en Werkgelegenheid
- National Social Assistance Consultancies Services - Rijksconsulentschappen Sociale Zekerheid
- Steam Equipment Supervision Service - Dienst voor het Stoomwezen
- Conscientious Objectors Employment Department - Tewerkstelling erkend gewetensbezwaarden militaire dienst
- Directorate for Equal Opportunities - Directie Emancipatie

11. Ministry of Transport, Public Works and Water Management - Ministerie van Verkeer en Waterstaat
    - Directorate-General for Transport - Directoraat-Generaal Vervoer
    - Directorate-General for Public Works and Water Management - Directoraat-Generaal Rijkswaterstaat
    - Directorate-General for Civil Aviation - Directoraat-Generaal Rijksluchtvaartdienst
    - Telecommunications and Post Department - Hoofddirectie Telecommunicatie en Post
    - Regional Offices of the Directorates-General and General Management, Inland Waterway Navigation Service - De regionale organisatie van de directoraten generaal en de hoofddirectie Vaarwegmarkeringsdienst
12. Ministry of Housing, Physical Planning and Environment - Ministerie van Volkshuisvesting, Ruimtelijke Ordening en Milieubeheer
    - Directorate-General for Environment Management - Directoraat-Generaal Milieubeheer
    - Directorate-General for Public Housing - Directoraat-Generaal van de Volkshuisvesting
    - Government Buildings Agency - Rijksgebouwendienst
    - National Physical Planning Agency - Rijksplanologische Dienst
13. Ministry of Welfare, Health and Cultural Affairs - Ministerie van Welzijn, Volksgezondheid en Cultuur
    - Social and Cultural Planning Office - Sociaal en Cultureel Planbureau
    - Inspectorate for Child and Youth Care and Protection Services - Inspectie Jeugdhulpverlening en Jeugdbescherming
    - Medical Inspectorate of Health Care - Inspecties van het Staatstoezicht op de Volksgezondheid
    - Cultural Castle Council - Rijksdienst Kastelenbeheer
    - National Archives Department - Rijksarchiefdienst
    - Department for the Conservation of Historic Buildings and Sites - Rijksdienst voor de Monumentenzorg
    - National Institute of Public Health and Environmental Protection - Rijksinstituut voor Milieuhygiëne
    - National Archeological Field Survey Commission - Rijksdienst voor het Oudheidkundig Bodemonderzoek
    - Netherlands Office for Fine Arts - Rijksdienst Beeldende Kunst

14. Cabinet for Netherlands Antillean and Aruban Affairs - Kabinet voor Nederlands-Antilliaanse en Arubaanse zaken
15. Higher Colleges of State - Hogere Colleges van Staat
16. Council of State - Raad van State
17. Netherlands Court of Audit - Algemene Rekenkamer
18. National Ombudsman - Nationale Ombudsman

ÖSTERREICH

1. Bundeskanzleramt - Amtswirtschaftsstelle
2. Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten
3. Bundesministerium für Gesundheit und Konsumentenschutz
4. Bundesministerium für Finanzen
   (a) Amtswirtschaftsstelle
   (b) Abteilung VI/5 (EDV-Beschaffung des Bundesministeriums für Finanzen und des Bundesrechenamtes)
   (c) Abteilung III/1 (Beschaffung von technischen Geräten, Einrichtungen und Sachgütern für die Zollwache)
5. Bundesministerium für Jugend und Familie - Amtswirtschaftsstelle
6. Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten
7. Bundesministerium für Inneres
   (a) Abteilung I/5 (Amtswirtschaftsstelle)
   (b) EDV-Zentrum (Beschaffung von elektronischen Datenverarbeitungssystemen (Hardware)
   (c) Abteilung II/3 (Beschaffung von technischen Geräten und Einrichtungen für die Bundespolizei)
   (d) Abteilung I/6 (Beschaffung von Sachgütern (other than those procured by Division II/3) für die Bundespolizei)
   (e) Abteilung IV/8 (Beschaffung von Fluggeräten)
8. Bundesministerium für Justiz - Amtswirtschaftsstelle
9. Bundesministerium für Landesverteidigung[16]
10. Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft
11. Bundesministerium für Arbeit und Soziales - Amtswirtschaftsstelle
12. Bundesministerium für Unterricht und kulturelle Angelegenheiten
13. Bundesministerium für öffentliche Wirtschaft und Verkehr
14. Bundesministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst
15. Österreichisches Statistisches Zentralamt
16. Österreichische Staatsdruckerei
17. Bundesamt für Eich- und Vermessungswesen
18. Bundesversuchs- und Forschungsanstalt-Arsenal (BVFA)
19. Bundesstaatliche Prothesenwerkstätten
20. AUSTRO CONTROL GmbH - Österreichisches Gesellschaft für Zivilluftfahrt mit beschränkter Haftung
21. Bundesprüfanstalt für Kraftfahrzeuge
22. Generaldirektion für die Post- und Telegraphenverwaltung (nur Postwesen)
23. Bundesministerium für Umwelt - Amtswirtschaftsstelle

PORTUGAL

[16] Hinsichtlich der in Anhang II enthaltenen nichtmilitärischen Materialien

Prime Minister's Office

Legal Centre
Centre for Studies and Training (Local Government)
Government Computer Network Management Centre
National Council for Civil Defence Planning
Permanent Council for Industrial Conciliation
Department for Vocational and Advanced Training
Ministerial Department with special responsibility for Macao
Ministerial Department responsible for Community Service by Conscientious Objectors
Institute for Youth
National Administration Institute
Secretariat-General, Prime Minister's Office
Secretariat for Administrative Modernization
Social Services, Prime Minister's Office

Ministry of Home Affaires

Directorate-General for Roads
Ministerial Department responsible for Studies and Planning
Civilian administrations
Customs Police
Republican National Guard
Police
Secretariat-General
Technical Secretariat for Electoral Matters
Customs and Immigration Department
Intelligence and Security Department
National Fire Service

Ministry of Agriculture

Control Agency for Community Aid to Olive Oil Production
Regional Directorate for Agriculture (Beira Interior)
Regional Directorate for Agriculture (Beira Litoral)
Regional Directorate for Agriculture (Entre Douro e Minho)
Regional Directorate for Agriculture (Trás-os-Montes)
Regional Directorate for Agriculture (Alentejo)
Regional Directorate for Agriculture (Algarve)
Regional Directorate for Agriculture (Ribatejo e Oeste)
General Inspectorate and Audit Office (Management Audits)
Viticulture Institute
National Agricultural Research Institute
Institute for the Regulation and Guidance of Agricultural Markets

Institute for Agricultural Structures and Rural Development
Institute for Protection of Agri-food Production
Institute for Forests
Institute for Agricultural Markets and Agri-Foods Industry
Secretariat-General
IFADAP (Financial Institute for the Development of Agriculture and Fishing) (a)
INGA (National Agricultural Intervention and Guarantee Institute) (a)

(a) Authority under joint Ministry of Finance and Ministry of Agriculture control

Ministry of Environment and Natural Resources

Directorate-General for Environment
Institute for Environmental Promotion
Institute for the Consumer
Institute for Meteorology
Secretariat-General
Institute for Natural Conservancy
Ministerial Department for the Improvement of the Estoril Coast
Regional Directorates for Environment and Natural Resources
Water Institute

Ministry of Trade and Tourism

Commission responsible for the Application of Economic Penalties
Directorate-General for Competition and Prices
Directorate-General for Inspection (Economic Affairs)
Directorate-General for Tourism
Directorate-General for Trade
Tourism Fund
Ministerial Department responsible for Community Affairs
ICEP (Portuguese Foreign Trade Institute)
General Inspectorate for Gambling
National Institute for Training in Tourism
Regional Tourist Boards
Secretariat-General
ENATUR (National Tourism Enterprise) - Public enterprise (a)

(a) Authority under joint Ministry of Trade and Tourism and Ministry of Finance contol

Ministry of Defence[17]

National Security Authority
National Council for Emergency Civil Planning
Directorate-General for Armaments and Defence Equipments
Directorate-General for Infrastructure
Directorate-General for Personnel
Directorate-General for National Defence Policy
Secretariat-General

Office of the Chief of Staff of the Armed Forces[17]

Administrative Council of the Office of the Chief of Staff
of the Armed Forces
Commission of Maintenance of NATO Infrastructure
Executive Commission of NATO Infrastructure
Social Works of the Armed Forces

Office of the Chief of Staff, Air Force[17]

Air Force Logistics and Administrative Commando
General Workshop for Aeronautical Equipment

Office of the Chief of Staff, Army[17]

Logistics Department
Directorate for Army Engineering
Directorate for Army Communications
Service Directorate for Fortifications and Army Works
Service Directorate for the Army Physical Education
Service Directorate Responsible for the Army Computer
Service Directorate for Intendancy
Service Directorate for Equipment
Service Directorate for Health
Directorate for Transports
Main Army Hospital
General Workshop of Uniforms and Equipment
General Workshop of Engineering Equipment
Bakery
Army Laboratory for Chemical and Pharmaceutical Products

[17] Hinsichtlich der in Anhang II enthaltenen nichtmilitärischen Materialien

Office of the Chief of Staff, Navy[18]

Directorate for Naval Facilities
Directorate-General for Naval Equipment
Directorate for Instruction and Training
Directorate of the Service of Naval Health
The Navy Hospital
Directorate for Supplies
Directorate for Transport
Directorate of the Service of Maintenance
Armed Computer Service
Continent Naval Commando
Açores Naval Commando
Madeira Naval Commando
Commando of Lisbon Naval Station
Army Centre for Physical Education
Administrative Council of Central Navy Administration
Naval War Height Institute
Directorate-General for the Navy
Directorate-General for Lighthouses and School for Lighthouse Keepers
The Hydrographic Institute
Vasco da Gama Aquarium
The Alfeite Arsenal

Ministry of Education

Secretariat-General
Department for Planning and Financial Management
Department for Higher Education
Department for Secondary Education
Department for Basic Education
Department for Educational Resources Management
General Inspectorate of Education
Bureau for the Launching and Coordination of the School Year
Regional Directorate for Education (North)
Regional Directorate for Education (Centra)
Regional Directorate for Education (Lisbon)
Regional Directorate for Education (Alentejo)
Regional Directorate for Education (Algarve)
Camões Institute
Institute for Innovation in Education Antonio Aurélio da Costa Ferreira
Institute for Sports
Department of European Affairs
Ministry of Education Press

[18] Hinsichtlich der in Anhang II enthaltenen nichtmilitärischen Materialien

Ministry of Employment and Social Security

National Insurance and Occupational Health Fund
Institute for Development and Inspection of Labour Conditions
Social Welfare Funds
Casa Pia de Lisboa (a)
National Centre for Pensions
Regional Social Security centres
Commission on Equal Opportunity and Rights for Women
Statistics Department
Studies and Planning Department
Department of International Relations and Social Security Agreements
European Social Fund Department
Department of European Affairs and External Relations
Directorate-General for Social Works
Directorate-General for the Family
Directorate-General for Technical Support to Management
Directorate-General for Employment and Vocational Training
Directorate-General for Social Security Schemes
Social Security Financial Stabilization Fund
General Inspectorate for Social Security
Social Security Financial Management Institute
Employment and Vocational Training Institute
National Institute for Workers' Leisure Time
Secretariat-General
National Secretariat for Rehabilitation
Social Services
Santa Casa de Misericordia de Lisboa (a)

(a) Authority under joint control of the Ministry of Employment and Social Security and the Ministry of Health Control

Ministry of Finance

ADSE (Directorate-General for the Protection of Civil Servants)
Legal Affairs Office
Directorate-General for Public Administration
Directorate-General for Public Accounts and General Budget Supervision
Directorate-General for the State Loans Board
Directorate-General for the Customs Service
Directorate-General for Taxation
Directorate-General for State Assets
Directorate-General for the Treasury
Ministerial Department responsible for Economic Studies

Ministerial Department responsible for European Affairs
GAFEEP (Ministerial Department responsible for Studies on the Funding of the State and Public Enterprises)
General Inspectorate for Finance
Institute for Information Technology
State Loans Board
Secretariat-General
SOFE (Social Services of the Ministry of Finance)

Ministry of Industry and Energy

Regional Delegation for Industry and Energy (Lisbon and Tagus Valley)
Regional Delegation for Industry and Energy (Alentejo)
Regional Delegation for Industry and Energy (Algarve)
Regional Delegation for Industry and Energy (Centre)
Regional Delegation for Industry and Energy (North)
Directorate-General for Industry
Directorate-General for Energy
Geological and Mining Institute
Ministerial Department responsible for Studies and Planning
Ministerial Department responsible for Oil Exploration and Production
Ministerial Department responsible for Community Affairs
National Industrial Property Institute
Portuguese Institute for Quality
INETI (National Institute for Industrial Engineering and Technology)
Secretariat-General
PEDIP Manager's Department
Legal Affairs Office
Commission for Emergency Industrial Planning
Commission for Emergency Energy Planning
IAPMEI (Institute for Support of Small and Medium-sized enterprises and Investments)

Ministry of Justice

Centre for Legal Studies
Social Action and Observation Centres
The High Council of the Judiciary (Conselho Superior de Magistratura)
Central Registry
Directorate-General for Registers and Other Official Documents
Directorate-General for Computerized Services
Directorate-General for Legal Services
Directorate-General for the Prison Service
Directorate-General for the Protection and Care of Minors Prison Establishments
Ministerial Department responsible for European Law

Ministerial Department responsible for Documentation and Comparative Law
Ministerial Department responsible for Studies and Planning
Ministerial Department responsible for Financial Management
Ministerial Department responsible for Planning and Coordinating Drug Control
São João Deus Prison Hospital
Corpus Christi Institute
Guarda Institute
Institute for the Rehabilitation of Offenders
São Domingos Benfica Institute
National Police and Forensic Science Institute
Navarro Paiva Institute
Padre António Oliveira Institute
São Fiel Institute
São José Institute
Vila Fernando Institute
Criminology Institutes
Forensic Medicine Institutes
Criminal Investigation Department
Secretariat-General
Social Services

Ministry of Public Works, Transport and Communications

Council for Public and Private Works Markets
Directorate-General for Civil Aviation
Directorate-General for National Buildings and Monuments
Directorate-General for Road and Rail Transport
Ministerial Department responsible for River Crossings (Tagus)
Ministerial Department for Investment Coordination
Ministerial Department responsible for the Lisbon Railway Junction
Ministerial Department responsible for the Oporto Railway Junction
Ministerial Department responsible for Navigation on the Douro
Ministerial Department responsible for the European Communities
General Inspectorate for Public Works, Transport and Communications
Independent Executive for Roads
National Civil Engineering Laboratory
Social Works Department of the Ministry of Public Works, Transport and Communications
Secretariat-General
Institute for Management and Sales of State Housing
CTT - Post & Telecommunications of Portugal SA[19]

Ministry of Foreign Affairs

[19]Nur Postwesen

Directorate-General for Consular Affairs and for Financial Administration
Directorate-General for the European Communities
Directorate-General for Cooperation
Institute for Portuguese Emigrants and Portuguese Communities Abroad
Institute for Economic Cooperation
Secretariat-General

Ministry of Territorial Planning and Management

Academy of Science
Legal Affairs Office
National Centre for Geographical Data
Regional Coordination Committee (Centre)
Regional Coordination Committee (Lisbon and Tagus Valley)
Regional Coordination Committee (Alentejo)
Regional Coordination Committee (Algarve)
Regional Coordination Committee (North)
Central Planning Department
Ministerial Department for European Issues and External Relations
Directorate-General for Local Government
Directorate-General for Regional Development
Directorate-General for Town and Country Planning
Ministerial Department responsible for Coordination of the Alqueva Project
General Inspectorate for Territorial Administration
National Statistical Institute
António Sergio Cooperative Institute
Institute for Scientific and Tropical Research
Geographical and Land Register Institute
National Scientific and Technological Research Board
Secretariat-General

Ministry of the Sea

Directorate General for Fishing
Directorate General for Ports, Navigation and Maritime Transport
Portuguese Institute for Maritime Exploration
Maritime Administration for North, Centre & South
National Institute for Port Pilotage
Institute for Port Labour
Port Administration of Douro and Leixões
Port Administration of Lisbon
Port Administration of Setúbal and Sesimbra
Port Administration of Sines
Independent Executive for Ports

Infante D Henrique Nautical School
Portugues Fishing School and School of Sailing and Marine Craft
Secretariat General

Ministry of Health

Regional Health Administrations
Health Centres
Mental Health Centres
Histocompatibility Centres
Regional Alcoholism Centres
Department for Studies and Health Planning
Health Human Resource Department
Directorate-General for Health
Directorate-General for Health Installations & Equipment
National Institute for Chemistry and Medicament
Supporting Centers for Drug Addicts
Institute for Computer and Finacial Management of Health Services
Infirmary Technical Schools
Health Service Technical Colleges
Central Hospitals
District Hospitals
General Inspectorate of Health
National Institute of Emergency Care
Dr Ricardo Jorge National Health Institute
Dr Jacinto De Magalhaes Institute of Genetic Medicine
Dr Gama Pinto Institute of Opthalmology
Portuguese Blood institute
General Practitioners Institutes
Secretariat-General
Service for Prevention and Treatment of Drug Dependence
Social Services, Ministry of Health

FINNLAND

Die nachstehenden staatlichen Stellen:

OIKEUSKANSLERINVIRASTO	OFFICE OF THE CHANCELLOR OF JUSTICE
KAUPPA- JA TEOLLISUUSMINISTERIÖ	MINISTRY OF TRADE AND INDUSTRY
Kuluttajavirasto	National Consumer Administration
Elintarvikeviras	National Food Administration
KilpailuvirastOffice of Free Competition	

Kilpailuneuvosto	Council of Free Competition
Kuluttaja-asiamiehen toimis	Office of the Consumer Ombudsman
Kuluttajavalituslautakun	Consumer Complaint Board
Patentti- ja rekisterihallitu	National Board of Patents and Registration
LIIKENNEMINISTERIÖ	MINISTRY OF TRANSPORT AND COMMUNICATIONS
Telehallintokesku	Telecommunications Administration Centre
MAA- JA METSÄTALOUSMINISTERIÖ	MINISTRY OF AGRICULTURE AND FORESTRY
Maanmittauslaitos	National Land Survey of Finland
OIKEUSMINISTERIÖ	MINISTRY OF JUSTICE
Tietosuojavaltuutetun toimisto	The Office of the Data Protection Ombudsman
Tuomioistuinlaitos - Korkein oikeus - Korkein hallinto-oikeus - Hovioikeudet - Käräjäoikeudet - Lääninoikeudet - Markkinatuomioistuin - Työtuomioistuin - Vakuutusoikeus - Vesioikeudet	Courts of Law
Vankeinhoitolaitos	Prison Administration
OPETUSMINISTERIÖ	MINISTRY OF EDUCATION
Opetushallitus	National Board of Education
Valtion elokuvatarkastamo	National Office of Film Censorship
PUOLUSTUSMINISTERIÖ	MINISTRY OF DEFENCE
Puolustusvoimat[20]	Defence Forces
SISÄASIAINMINISTERIÖ	MINISTRY OF THE INTERIOR
Väestörekisterikeskus	Population Register Centre
Keskusrikospoliisi	Central Criminal Police
Liikkuva poliisi	Mobile Police
Rajavartiolaitos[21]	Frontier Guard
SOSIAALI- JA TERVEYSMINISTERIÖ	MINISTRY OF SOCIAL AFFAIRS AND HEALTH
Työttömyysturvalautakunta	Unemployment Appeal Board
Tarkastuslautakunta	Appeal Tribunal
Lääkelaitos	National Agency for Medicines
Terveydenhuollon oikeusturvakeskus	National Board of Medicolegal Affairs

[20] Hinsichtlich der in Anhang II enthaltenen nichtmilitärischen Materialien
[21] Hinsichtlich der in Anhang II enthaltenen nichtmilitärischen Materialien

Tapaturmavirasto	State Accident Office
Säteilyturvakeskus	Finnish Centre for Radiation and Nuclear Safety
Valtion turvapaikan hakijoiden vastaanotto keskukset	Reception Centres for Asylum Seekers
TYÖMINISTERIÖ	MINISTRY OF LABOUR
Valtakunnansovittelijain toimisto	National Conciliators' Office
Työneuvosto	Labour Council
ULKOASIAINMINISTERIÖ	MINISTRY FOR FOREIGN AFFAIRS
VALTIOVARAINMINISTERIÖ	MINISTRY OF FINANCE
Valtiontalouden tarkastusvirasto	State Economy Controller's Office
Valtiokonttori	State Treasury Office
Valtion työmarkkinalaitos	
Verohallinto	
Tullihallinto	
Valtion vakuusrahasto	
YMPÄRISTÖMINISTERIÖ	MINISTRY OF ENVIRONMENT
Vesi- ja ympäristöhallitus	National Board of Waters and Environment

SCHWEDEN

Die nachstehenden staatlichen Stellen:

A

Akademien för de fria konsterna	Royal Academy of Fine Arts
Allmänna advokatbyråerna(28)	Public Law-Service Offices(28)
Allmänna reklamationsnämnden	National Board for Consumer Complaints
Arbetarskyddsstyrelsen	National Board of Occupational Safety and Health
Arbetsdomstolen	Labour Court
Arbetsgivarverk, statens	National Agency for Government Employers
Arbetslivscentrum	Centre for Working Life
Arbetslivsfonden	Working Lives Fund
Arbetsmarknadsstyrelsen	National Labour Market Board
Arbetsmiljöfonden	Work Environment Fund
Arbetsmiljöinstitutet	National Institute of Occupational Health
Arbetsmiljönämnd, statens	Board of Occupational Safety and Health for Government Employees
Arkitekturmuseet	Museum of Architecture
Arkivet för ljud och bild	National Archive of Recorded Sound and Moving Images

Arrendenämnder (12)	Regional Tenancies Tribunals (12)
B	
Barnmiljörådet	National Child Environment Council
Beredning för utvärdering av medicinsk metodik, statens	Swedish Council on Technology Assessment in Health Care
Beredningen för internationell tekniskt-ekonomiskt samarbete	Agency for International Technical and Economic Co- operation
Besvärsnämnden för rättshjälp	Legal Aid Appeals Commission
Biblioteket, Kungl.	Royal Library
Biografbyrå, statens	National Board of Film Censors
Biografiskt lexikon, svenskt	Dictionary of Swedish Biography
Bokföringsnämnden	Swedish Accounting Standards Board
Bostadsdomstolen	Housing Appeal Court
Bostadskreditnämnd, statens (BKN)	National Housing Credit Guarantee Board
Boverket	National Housing Board
Brottsförebyggande rådet	National Council for Crime Prevention
Brottsskadenämnden	Criminal Injuries Compensation Board
C	
Centrala försöksdjursnämnden	Central Committee for Laboratory Animals
Centrala studiestödsnämnden	National Board of Student Aid
Centralnämnden för fastighetsdata	Central Board for Real-Estate Data
D	
Datainspektionen	Data Inspection Board
Departementen	Ministries (Government Departments)
Domstolsverket	National Courts Administration
E	
Elsäkerhetsverket	National Electrical Safety Board
Expertgruppen för forskning om regional utveckling	Expert Group on Regional Studies
Exportkreditnämnden	Export Credits Guarantee Board
F	

Fideikommissnämnden	Entailed Estates Council
Finansinspektionen	Financial Supervisory Authority
Fiskeriverket	National Board of Fisheries
Flygtekniska försöksanstalten	Aeronautical Research Institute
Folkhälsoinstitutet	National Institute of Public Health
Forskningsrådsnämnden	Council for Planning and Co- ordination of Research
Fortifikationsförvaltningen[22]	Fortifications Administration
Frivårdens behandlingscentral	Probation Treatment Centre
Förlikningsmannaexpedition statens	National Conciliators' Office
Försvarets civilförvaltning[23]	Civil Administration of the Defence Forces
Försvarets datacenter[24]	Defence Data-Processing Centre
Försvarets forskningsanstal[25]	National Defence Research Establishment
Försvarets förvaltningsskol[26]	Defence Forces' Administration School
Försvarets materielverk[27]	Defence Material Administration
Försvarets radioanstalt[28]	National Defence Radio Institute
Försvarets sjukvårdsstyrelse[29]	Medical Board of the Defence Forces
Försvarshistoriska musseer, statens[30]	Swedish Museums of Military History
Försvarshögskolan[31]	National Defence College
Försäkringskassorna	Social Insurance Offices
Försäkringsdomstolarna	Social Insurance Courts
Försäkringsöverdomstolen	Supreme Social Insurance Court
G	
Geologiska undersökning, Sveriges	Geological Survey of Sweden
Geotekniska institut, statens	Geotechnical Institute
Glesbygdsmyndigheten	National Rural Area Development Authority
Grafiska institutet och institutet för högre kommunikations- och	Graphic Institute and the Graduate School of

[22] Hinsichtlich der in Anhang II enthaltenen nichtmilitärischen Materialien
[23] Hinsichtlich der in Anhang II enthaltenen nichtmilitärischen Materialien
[24] Hinsichtlich der in Anhang II enthaltenen nichtmilitärischen Materialien
[25] Hinsichtlich der in Anhang II enthaltenen nichtmilitärischen Materialien
[26] Hinsichtlich der in Anhang II enthaltenen nichtmilitärischen Materialien
[27] Hinsichtlich der in Anhang II enthaltenen nichtmilitärischen Materialien
[28] Hinsichtlich der in Anhang II enthaltenen nichtmilitärischen Materialien
[29] Hinsichtlich der in Anhang II enthaltenen nichtmilitärischen Materialien
[30] Hinsichtlich der in Anhang II enthaltenen nichtmilitärischen Materialien
[31] Hinsichtlich der in Anhang II enthaltenen nichtmilitärischen Materialien

reklamutbildning	Communications
H	
Handelsflottans kultur- och fritidsråd	Swedish Government Seamen's Service
Handelsflottans pensionsanstalt	Merchant Pensions Institute
Handikappråd, statens	National Council for the Disabled
Haverikommission, statens	Board of Accident Investigation
Hovrätterna (6)	Courts of Appeal (6)
Humanistisk-samhällsvetenskapliga forskningsrådet	Council for Research in the Humanities and Social Sciences
Hyresnämnder (12)	Regional Rent Tribunals (12)
Häktena (30)	Remand Prisons (30)
Hälso-och sjukvårdens ansvarsnämnd	Committee on Medical Responsibility
Högsta domstolen	Supreme Court
I	
Inskrivningsmyndigheten för företagsinteckningar	Register Authority for Floating Charges
Institut för byggnadsforskning, statens	Council for Building Research
Institut för psykosocial miljömedicin, statens	National Institute for Psycho-Social Factors and Health
Institutet för rymdfysik	Swedish Institute of Space Physics
Invandrarverk, statens	Swedish Immigration Board
J	
Jordbruksverk, statens	Swedish Board of Agriculture
Justitiekanslern	Office of the Chancellor of Justice
Jämställdhetsombudsmannen och jämställdhetsdelegationen	Office of the Equal Opportunities Ombudsman and the Equal Opportunities Commission
K	
Kabelnämnden/Närradionämnden	Swedish Cable Authority / Swedish Community Radio Authority
Kammarkollegiet	National Judicial Board of Public Lands and Funds
Kammarrätterna (4)	Administrative Courts of Appeal (4)
Kemikalieinspektionen	National Chemicals Inspectorate
Kommerskollegium	National Board of Trade
Koncessionsnämnden för miljö-skydd	National Franchise Board for Environment Protection

Konjunkturinstitutet	National Institute of Economic Research
Konkurrensverket	Swedish Competition Authority
Konstfackskolan	College of Arts, Crafts and Design
Konsthögskolan	College of Fine Arts
Konstmuseer, statens	National Art Museums
Konstnärsnämnden	Arts Grants Committee
Konstråd, statens	National Art Council
Konsumentverket	National Board for Consumer Policies
Krigsarkivet[32]	A
Kriminaltekniska laboratorium, statens	National Laboratory of Forensic Science
Kriminalvårdens regionkanslier (7)	Correctional Region Offices (7)
Kriminalvårdsanstalterna (78)	National / Local Institutions (78)
Kriminalvårdsnämnden	National Paroles Board
Kriminalvårdsstyrelsen	National Prison and Probation Administration
Kronofogdemyndigheterna (24)	Enforcement Services (24)
Kulturråd, statens	National Council for Cultural Affairs
Kustbevakningen[33]	Swedish Coast Guard
Kärnkraftinspektion, statens	Nuclear-Power Inspectorate
L	
Lantmäteriverk, statens	Central Office of the National Land Survey
Livrustkammaren/Skoklosters slott/ Hallwylska museet	Royal Armoury
Livsmedelsverk, statens	National Food Administration
Lotterinämnden	Gaming Board
Läkemedelsverket	Medical Products Agency
Läns- och distriktsåklagarmyndig-heterna	County Public Prosecution Authority and District Prosecution Authority
Länsarbetsnämnderna (24)	County Labour Boards (24)
Länsrätterna (25)	County Administrative Courts (25)
Länsstyrelserna (24)	County Administrative Boards (24)
Löne- och pensionsverk, statens	National Government Employee Salaries and Pensions Board
M	
Marknadsdomstolen	Market Court
Maskinprovningar, statens	National Machinery Testing Institute

[32] Hinsichtlich der in Anhang II enthaltenen nichtmilitärischen Materialien
[33] Hinsichtlich der in Anhang II enthaltenen nichtmilitärischen Materialien

Medicinska forskningsrådet	Medical Research Council
Meteorologiska och hydrologiska institut, Sveriges	Swedish Meteorological and Hydrological Institute
Militärhögskolan[34]	Armed Forces Staff and War College
Musiksamlingar, statens	Swedish National Collections of Music
N	
Naturhistoriska riksmuseet	Museum of Natural History
Naturvetenskapliga forskningsrådet	Natural Science Research Council
Naturvårdsverk, statens	National Environmental Protection Agency
Nordiska Afrikainstitutet	Scandinavian Institute of African Studies
Nordiska hälsovårdshögskolan	Nordic School of Public Health
Nordiska institutet för samhällsplanering	Nordic Institute for Studies in Urban and Regional Planning
Nordiska museet, stiftelsen	Nordic Museum
Nordiska rådets svenska delegation	Swedish Delegation of the Nordic Council
Notarienämnden	Recorders Committee
Nämnden för internationella adoptionsfrågor	National Board for Intra Country Adoptions
Nämnden för offentlig upphandling	National Board for Public Procurement
Nämnden för statens gruvegendom	State Mining Property Commission
Nämnden för statliga förnyelsefonder	National Fund for Administrative Development and Training for Government Employees
Nämnden för utställning av nutida svensk konst i utlandet	Swedish National Committee for Contemporary Art Exhibitions Abroad
Närings- och teknikutvecklingsverket	National Board for Industrial and Technical Development
O	
Ombudsmannen mot etnisk diskriminering och nämnden mot etnisk diskriminering	Office of the Ethnic Discrimination Ombudsman Advisory Committee on Questions Concerning Ethnic Discrimination
P	
Patentbesvärsrätten	Court of Patent Appeals
Patent- och registreringsverket	Patents and Registration Office
Person- och adressregisternämnd, statens	Co-ordinated Population and Address Register

[34]Hinsichtlich der in Anhang II enthaltenen nichtmilitärischen Materialien

Polarforskningssekretariatet	Swedish Polar Research Secretariat
Presstödsnämnden	Press Subsidies Council
Psykologisk-pedagogiska bibliotek, statens	National Library for Psychology and Education
R	
Radionämnden	Broadcasting Commission
Regeringskansliets förvaltningskontor	Central Services Office for the Ministries
Regeringsrätten	Supreme Administrative Court
Riksantikvarieämbetet och statens historiska museer	Central Board of National Antiquities and National Historical Museums
Riksarkivet	National Archives
Riksbanken	Bank of Sweden
Riksdagens förvaltningskontor	Administration Department of the Swedish Parliament
Riksdagens ombudsmän, JO	The Parliamentary Ombudsmen
Riksdagens revisorer	The Parliamentary Auditors
Riksförsäkringsverket	National Social Insurance Board
Riksgäldskontoret	National Debt Office
Rikspolisstyrelsen	National Police Board
Riksrevisionsverket	National Audit Bureau
Riksskatteverket	National Tax Board
Riksutställningar, Stiftelsen	Travelling Exhibitions Service
Riksåklagaren	Office of the Prosecutor-General
Rymdstyrelsen	National Space Board
Råd för byggnadsforskning, statens	Council for Building Research
Rådet för grundläggande högskoleutbildning	Council for Renewal of Undergraduate Education
Räddningsverk, statens	National Rescue Services Board
Rättshjälpsnämnden	Regional Legal-aid Commission
Rättsmedicinalverket	National Board of Forensic Medicine
S	
Sameskolstyrelsen och sameskolor	Sami (Lapp) School Board and Sami (Lapp) Schools
Sjöfartsverket	National Maritime Administration
Sjöhistoriska museer, statens	National Maritime Museums
Skattemyndigheterna (24)	Local Tax Offices (24)
Skogs- och jordbrukets forkningsråd	Swedish Council for Forestry and Agricultural Research
Skogsstyrelsen	National Board of Forestry

Skolverk, statens	National Agency for Education
Smittskyddsinstitutet	Swedish Institute for Infectious Disease Control
Socialstyrelsen	National Board of Health and Welfare
Socialvetenskapliga forskningsrådet	Swedish Council for Social Research
Sprängämnesinspektionen	National Inspectorate of Explosives and Flammables
Statistiska centralbyrån	Statistics Sweden
Statskontoret	Agency for Administrative Development
Stiftelsen WHO	Collaborating Centre on International Drug Monitoring
Strålskyddsinstitut, statens	National Institute of Radiation Protection
Styrelsen för internationell utveckling, SIDA	Swedish International Development Authority
Styrelsen för Internationellt Näringslivsbistånd, SWEDECORP	Swedish International Enterprise Development
Styrelsen för psykologiskt försvar[35]	National Board of Psychological Defence
Styrelsen för Sverigebilden	Image Sweden
Styrelsen för teknisk ackreditering	Swedish Board for Technical Accreditation
Styrelsen för u-landsforskning, SAREC	Swedish Agency for Research Cooperation with Developing Countries
Svenska institutet, stiftelsen	Swedish Institute
T	
Talboks- och punktskrifts biblioteket	Library of Talking Books and Braille Publications
Teknikvetenskapliga forskningsrådet	Swedish Research Council for Engineering Sciences
Tekniska museet, stiftelsen	National Museum of Science and Technology
Tingsrätterna (97)	District and City Courts (97)
Tjänsteförslagsnämnden för domstolsväsendet	Judges Nomination Proposal Committee
Transportforskningsberedningen	Transport Research Board
Transportrådet	Board of Transport
Tullverket	Swedish Board of Customs
U	
Ungdomsråd, statens	State Youth Council
Universitet och högskolor	Universities and University Colleges
Utlänningsnämnden	Aliens Appeals Board
Utsädeskontroll, statens	National Seed Testing and Certification Institute
V	

[35] Hinsichtlich der in Anhang II enthaltenen nichtmilitärischen Materialien

Vatten- och avloppsnämnd, statens	National Water Supply and Sewage Tribunal
Vattenöverdomstolen	Water Rights Court of Appeal
Verket för högskoleservice (VHS)	National Agency for Higher Education
Veterinärmedicinska anstalt, statens	National Veterinary Institute
Väg- och trafikinstitut, statens	Road and Traffic Research Institute
Värnpliktsverket[36]	Armed Forces' Enrolment Board
Växtsortnämnd, statens	National Plant Variety Board
Y	
Yrkesinspektionen	Labour Inspectorate
Å	
Åklagarmyndigheterna	Public Prosecution Authorities
Ö	
Överbefälhavaren	Supreme Commander of the Armed Forces
Överstyrelsen för civil beredskap	National Board of Civil Emergency Preparedness

VEREINIGTES KÖNIGREICH

Cabinet office
- Chessington Computer Centre
- Civil Service College
- Recruitment and Assessment Service
- Civil Service Occupational Health Service
- Office of Public Services and Science
- Parliamentary Counsel Office
- The Government Centre on Information Systems (CCTA)

Central Office of Information
Charity Commission
Crown Prosecution Service
Crown Estate Commissioners (Vote Expenditure only)
Customs and Excise Department
Department for National Savings
Department for Education
- Higher Education Funding Council for England

Department of Employment
- Employment Appeal Tribunal

[36] Hinsichtlich der in Anhang II enthaltenen nichtmilitärischen Materialien

- Industrial Tribunals
- Office of Manpower Economics

Department of Health

- Central Council for Education and Training in Social Work
- Dental Practice Board
- English National Board for Nursing, Midwifery and Health Visitors
- National Health Service Authorities and Trusts
- Prescription Pricing Authority
- Public Health Laboratory Service Board
- U.K. Central Council for Nursing, Midwifery and Health Visiting

Department of National Heritage

- British Library
- British Museum
- Historic Buildings and Monuments Commission for England (English Heritage)
- Imperial War Museum
- Museums and Galleries Commission
- National Gallery
- National Maritime Museum
- National Portrait Gallery
- Natural History Museum
- Royal Commission on Historical Manuscripts
- Royal Commission on Historical Monuments of England
- Royal Fine Art Commission (England)
- Science Museum
- Tate Gallery
- Victoria and Albert Museum
- Wallace Collection

Department of Social Security

- Medical Boards and Examining Medical Officers (War Pensions)
- Regional Medical Service
- Independent Tribunal Service
- Disability Living Allowance Advisory Board
- Occupational Pensions Board
- Social Security Advisory Committee

Department of the Environment

- Building Research Establishment Agency
- Commons Commission
- Countryside Commission
- Valuation tribunal
- Rent Assessment Panels
- Royal Commission on Environmental Pollution
- The Buying Agency

Department of the Procurator General and Treasury Solicitor

- Legal Secretariat to the Law Officers

Department of Trade and Industry

- Laboratory of the Government Chemist
- National Engineering Laboratory
- National Physical Laboratory
- National Weights and Measures Laboratory
- Domestic Coal Consumers' Council
- Electricity Committees
- Gas Consumers' Council
- Central Transport Consultative Committees
- Monopolies and Mergers Commission
- Patent Office

Department of Transport
- Coastguard Services
- Transport Research Laboratory

Export Credits Guarantee Department

Foreign and Commonwealth Office
- Wilton Park Conference Centre

Government Actuary's Department

Government Communications Headquarters

Home Office
- Boundary Commission for England
- Gaming Board for Great Britain
- Inspectors of Constabulary
- Parole Board and Local Review Committees

House of Commons

House of Lords

Inland Revenue, Board of

Intervention Board for Agricultural Produce

Lord Chancellor's Department
- Combined Tax Tribunal
- Council on Tribunals
- Immigration Appellate Authorities
  - Immigration Adjudicators
  - Immigration Appeal Tribunal
- Lands Tribunal
- Law Commission
- Legal Aid Fund (England and Wales)
- Pensions Appeal Tribunals
- Public Trust Office
- Office of the Social Security Commissioners
- Supreme Court Group (England and Wales)
- Court of Appeal - Criminal
- Circuit Offices and Crown, County and Combined Courts (England & Wales)
- Transport Tribunal

Ministry of Agriculture, Fisheries and Food
- Agricultural Development and Advisory Service
- Agricultural Dwelling House Advisory Committees

- Agricultural Land Tribunals
- Agricultural Wages Board and Committees
- Cattle Breeding Centre
- Plant Variety Rights Office
- Royal Botanic Gardens, Kew

Ministry of Defence[37]

- Meteorological Office
- Procurement Executive

National Audit Office
National Investment and Loans Office
Northern Ireland Court Service

- Coroners Courts
- County Courts
- Court of Appeal and High Court of Justice in Northen Ireland
- Crown Court
- Enforcement of Judgements Office
- Legal Aid Fund
- Magistrates Court
- Pensions Appeals Tribunals

Northern Ireland, Department of Agriculture
Northern Ireland, Department of Economic Development
Northern Ireland, Department of Education
Northern Ireland, Department of the Environment
Northern Ireland, Department of Finance and Personnel
Northern Ireland, Department of Health and Social Services
Northern Ireland Office

- Crown Solicitor's Office
- Department of the Director of Public Prosecutions for Northern Ireland
- Northern Ireland Forensic Science Laboratory
- Office of Chief Electoral Officer for Northern Ireland
- Police Authority for Northern Ireland
- Probation Board for Northern Ireland
- State Pathologist Service

Office of Fair Trading
Office of Population Censuses and Surveys

- National Health Service Central Register

Office of the Parliamentary Commissioner for Administration and Health Service Commissioners
Ordnance Survey
Overseas Development Administration

- Natural Resources Institute

Paymaster General's Office
Postal Business of the Post Office
Privy Council Office
Public Record Office

---

[37]Hinsichtlich der in Anhang II enthaltenen nichtmilitärischen Materialien

Registry of Friendly Societies
Royal Commission on Historical Manuscripts
Royal Hospital, Chelsea
Royal Mint
Scotland, Crown Office and Procurator
    Fiscal Service
Scotland, Registers of Scotland
Scotland, General Register Office
Scotland, Lord Advocate's Department
Scotland, Queen's and Lord Treasurer's Remembrancer
Scottish Courts Administration
    Accountant of Court's Office
    Court of Justiciary
    Court of Session
    Lands Tribunal for Scotland
    Pensions Appeal Tribunals
    Scottish Land Court
    Scottish Law Commission
    Sheriff Courts
    Social Security Commissioners' Office
The Scottish Office Central Services
The Scottish Office Agriculture and Fisheries Department:
        Crofters Commission
        Red Deer Commission
        Royal Botanic Garden, Edinburgh
The Scottish Office Industry Department
The Scottish Office Education Department
        National Galleries of Scotland
        National Library of Scotland
        National Museums of Scotland
        Scottish Higher Education Funding Council
The Scottish Office Environment Department
        Rent Assesment Panel and Committees
        Royal Commission on the Ancient and Historical Monuments of Scotland
        Royal Fine Art Commission for Scotland
The Scottish Office Home and Health Departments
        HM Inspectorate of Constabulary
        Local Health Councils
        National Board for Nursing, Midwifery and Health Visiting for Scotland
        Parole Board for Scotland and Local Review Committees
        Scottish Council for Postgraduate Medical Education
        Scottish Crime Squad
        Scottish Criminal Record Office
        Scottish Fire Service Training School
        Scottish National Health Service Authorities and Trusts
        Scottish Police College

Scottish Record Office
HM Stationery Office (HMSO)
HM Treasury
Forward
Welsh Office
Royal Commission of Ancient and Historical Monuments in Wales
Welsh National Board for Nursing, Midwifery and Health Visiting
Local Government Boundary Commission for Wales
Valuation Tribunals (Wales)
Welsh Higher Education Finding Council
Welsh National Health Service Authorities and Trusts
Welsh Rent Assessment Panels

ANHANG II

MUSTER FÜR DIE BEKANNTMACHUNG ÖFFENTLICHER DIENSTLEISTUNGSAUFTRÄGE

A. VORINFORMATIONSVERFAHREN

1. Name, Anschrift, Telegrammanschrift, Telefon-, Fernschreib- und Fernkopiernummer des öffentlichen Auftraggebers und - falls anderslautend - der Dienststelle, bei der zusätzliche Auskünfte eingeholt werden können

2. Voraussichtlicher Gesamtbetrag der Käufe in den einzelnen Dienstleistungskategorien des Anhangs I Teil A

3. Voraussichtlicher Zeitpunkt der Einleitung der Vergabeverfahren nach Kategorien

4. Sonstige Angaben

5. Tag der Absendung der Bekanntmachung

6. Tag des Eingangs der Bekanntmachung beim Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften

7. Angabe, ob der Auftrag in den Anwendungsbereich des Beschaffungsübereinkommens fällt

B. OFFENE VERFAHREN

1. Name, Anschrift, Telegrammanschrift, Telefon-, Fernschreib- und Fernkopiernummer des öffentlichen Auftraggebers

2. Kategorie der Dienstleistung und deren Beschreibung; CPC-Referenznummer. Menge, einschließlich etwaiger Optionsrechte für weitere Aufträge, und nach Möglichkeit voraussichtlicher Zeitpunkt, zu dem diese Rechte wahrgenommen werden können. Bei regelmäßigen Aufträgen oder Daueraufträgen innerhalb eines bestimmten Zeitraums nach Möglichkeit ebenfalls Angabe des voraussichtlichen Zeitpunkts der einzelnen Aufforderungen zur Angebotsabgabe für die zu erbringenden Dienstleistungen.
3. Erfüllungsort

4. a) Angabe, ob die Erbringung der Dienstleistung aufgrund von Rechts- und Verwaltungsvorschriften einem besonderen Berufsstand vorbehalten ist

   b) Verweis auf die Rechts- und Verwaltungsvorschriften

   c) Angabe, ob juristische Personen die Namen und die berufliche Qualifikation der Person angeben müssen, die für die Ausführung der betreffenden Dienstleistung verantwortlich sein sollen

5. Angabe, ob Dienstleistungserbringer Angebote für einen Teil der betreffenden Dienstleistungen abgeben können

6. Gegebenenfalls Verbot von Änderungsvorschlägen

7. Frist für den Abschluß der Dienstleistung bzw. Dauer des Dienstleistungsauftrags und nach Möglichkeit Frist für den Beginn oder die Erbringung der Dienstleistung

8. a) Name und Anschrift der Dienststelle, bei der die maßgeblichen Unterlagen beantragt werden können
   b) gegebenenfalls Einsendefrist für diese Anträge
   c) Gegebenenfalls Höhe und Einzelheiten der Zahlung der Gebühr für Übersendung dieser Unterlagen

9. a) Einsendefrist für die Angebote

b) Anschrift, an die sie zu richten sind

c) Sprache(n), in der (denen) sie abzufassen sind

10. a) Personen, die bei der Eröffnung der Angebote anwesend sein dürfen

b) Datum, Uhrzeit und Ort der Eröffnung der Angebote

11. Gegebenenfalls geforderte Kautionen und Sicherheiten

12. Wesentliche Finanzierungs- und Zahlungsbedingungen und/oder Verweis auf die maßgeblichen Vorschriften

13. Gegebenenfalls Rechtsform, die die Bietergemeinschaft, an die der Auftrag vergeben wird, haben muß

14. Angaben zur Lage des Dienstleistungserbringers sowie Angaben und Formalitäten, die zur Beurteilung der Frage erforderlich sind, ob dieser die wirtschaftlichen und technischen Mindestanforderungen erfüllt

15. Bindefrist

16. Kriterien für die Auftragserteilung und, falls möglich, deren Rangfolge; andere Kriterien als der niedrigste Preis müssen genannt werden, falls sie nicht in der Leistungsbeschreibung enthalten sind

17. Sonstige Angaben

18. Datum der Veröffentlichung der Vorinformation im Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften oder Hinweis auf ihre Nichtveröffentlichung

19. Tag der Absendung der Bekanntmachung

20. Tag des Eingangs der Bekanntmachung beim Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften

21. Angabe, ob der Auftrag in den Anwendungsbereich des Beschaffungsübereinkommens fällt

C. NICHT OFFENE VERFAHREN

1. Name, Anschrift, Telegrammanschrift, Telefon-, Fernschreib- und Fernkopiernummer des öffentlichen Auftraggebers

2. Kategorie der Dienstleistung und Beschreibung; CPC-Referenznummer. Menge, einschließlich etwaiger Optionsrechte für weitere Aufträge, und nach Möglichkeit voraussichtlicher Zeitpunkt, zu dem diese Rechte wahrgenommen werden können. Bei regelmäßigen Aufträgen oder Daueraufträgen innerhalb eines bestimmten Zeitraums nach Möglichkeit ebenfalls Angabe des voraussichtlichen Zeitpunkts der einzelnen Aufforderungen zur Angebotsabgabe für die zu erbringenden Dienstleistungen.

3. Erfüllungsort

4. a) Angabe, ob die Ausführung der Leistung durch Rechts- und Verwaltungsvorschriften einem besonderen Berufsstand vorbehalten sind

   b) Verweis auf die Rechts- und Verwaltungsvorschriften

   c) Angabe, ob juristische Personen die Namen und die berufliche Qualifikation der Person angeben müssen, die für die Ausführung der betreffenden Dienstleistung verantwortlich sein sollen

5. Angabe, ob Dienstleistungserbringer Angebote für einen Teil der betreffenden Dienstleistungen abgeben können

6. Geplante Anzahl bzw. Höchst- und Mindestzahl von Dienstleistungserbringern, die zur Angebotsabgabe aufgefordert werden

7. Gegebenenfalls Verbot von Änderungsvorschlägen

8. Frist für den Abschluß der Dienstleistung bzw. Dauer des Dienstleistungsauftrags und nach Möglichkeit Frist für den Beginn oder die Erbringung der Dienstleistung

9. Gegebenenfalls Rechtsform, die die Bietergemeinschaft, an die der Auftrag vergeben wird, haben muß

10. a) Einsendefrist für die Anträge auf Teilnahme
    b) Anschrift, an die diese Anträge zu richten sind
    c) Sprache(n), in der (denen) sie abgefaßt sein müssen

11. Frist für die Absendung von Aufforderungen zur Angebotsabgabe

12. Gegebenenfalls geforderte Kautionen und Sicherheiten

13. Angaben zur Lage des Dienstleistungserbringers sowie Angaben und Formalitäten, die zur Beurteilung der Frage erforderlich sind, ob dieser die wirtschaftlichen und technischen Mindestanforderungen erfüllt

14. Kriterien für die Auftragserteilung und, falls möglich, deren Rangfolge, wenn diese nicht in der Aufforderung zur Angebotsabgabe genannt sind

15. Sonstige Angaben

16. Datum der Veröffentlichung der Vorinformationen im Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften oder Hinweis auf ihre Nichtveröffentlichung

17. Tag der Absendung der Bekanntmachung

18. Tag des Eingangs der Bekanntmachung beim Amt für öffentliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften

19. Angabe, ob der Auftrag in den Anwendungsbereich des Beschaffungsübereinkommens fällt

D. VERHANDLUNGSVERFAHREN

1. Name, Anschrift, Telegrammanschrift, Telefon-, Fernschreib- und Fernkopiernummer des öffentlichen Auftraggebers

2. Kategorie der Dienstleistung und Beschreibung; CPC-Referenznummer. Menge, einschließlich etwaiger Optionsrechte für weitere Aufträge, und nach Möglichkeit voraussichtlicher Zeitpunkt, zu dem diese Rechte wahrgenommen werden können. Bei regelmäßigen Aufträgen oder Daueraufträgen innerhalb eines bestimmten Zeitraums nach Möglichkeit ebenfalls Angabe des voraussichtlichen Zeitpunkts der einzelnen Aufforderungen zur Angebotsabgabe für die zu erbringenden Dienstleistungen.

3. Erfüllungsort

4. a) Angabe, ob die Ausführung der Leistung durch Rechts- und Verwaltungsvorschriften einem besondere Berufsstand vorbehalten sind

   b) Verweis auf die Rechts- und Verwaltungsvorschriften

   c) Angabe, ob juristische Personen die Namen und die berufliche Qualifikation der Person angeben müssen, die für die Ausführung der betreffenden Dienstleistung verantwortlich sein sollen.

5. Angabe, ob Dienstleistungserbringer Angebote für einen Teil der betreffenden Dienstleistungen abgeben können

6. Geplante Anzahl bzw. Höchst- und Mindestzahl von Dienstleistungserbringern, die zur Angebotsabgabe aufgefordert werden

7. Gegebenenfalls Verbot von Änderungsvorschlägen

8. Frist für den Abschluß der Dienstleistung bzw. Dauer des Dienstleistungsauftrags und nach Möglichkeit Frist für den Beginn oder die Erbringung der Dienstleistung

9. Gegebenenfalls Rechtsform, die die Bietergemeinschaft, an die der Auftrag vergeben wird, haben muß

10. a) Einsendefrist für die Anträge auf Teilnahme
    b) Anschrift, an die diese Anträge zu richten sind
    c) Sprache(n), in der (denen) sie abgefaßt sein müssen

11. Gegebenenfalls geforderte Kautionen und Sicherheiten

12. Angaben zur Lage des Dienstleistungserbringers sowie Angaben und Formalitäten, die zur Beurteilung der Frage erforderlich sind, ob dieser die wirtschaftlichen und technischen Mindestanforderungen erfüllt

13. Gegebenenfalls Name und Anschrift der vom öffentlichen Auftraggeber bereits ausgewählten Dienstleistungserbringer

14. Sonstige Angaben

15. Tag der Absendung der Bekanntmachung

16. Tag des Eingangs der Bekanntmachung beim Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften

17. Datum früherer Veröffentlichungen im Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften

18. Angabe, ob der Auftrag in den Anwendungsbereich des Beschaffungsübereinkommens fällt

E. AUFTRAGSVERGABE

1. Name und Anschrift des öffentlichen Auftraggebers

2. Gewähltes Vergabeverfahren; im Fall von Verhandlungsverfahren ohne vorherige Veröffentlichung einer Ausschreibung: Begründung (Artikel 11 Absatz 3)

3. Kategorie der Dienstleistung und Beschreibung: CPC-Referenznummer. Menge der erbrachten Dienstleistungen

4. Tag der Auftragserteilung

5. Kriterien für die Auftragserteilung

6. Anzahl der eingegangenen Angebote

7. Name und Anschrift des/der Dienstleistungserbringer(s)

8. Gezahlter Preis oder Preisspanne (Minimum/Maximum)

9. Wert des Auftrags, der den Zuschlag erhalten hat, oder das höchste und das niedrigste Angebot, die bei der Auftragsvergabe berücksichtigt wurden

10. Gegebenenfalls Wert und Teil des Auftrags, der an Dritte weitervergeben werden kann

11. Sonstige Angaben

12. Tag der Veröffentlichung der Ausschreibung im Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften

13. Tag der Absendung der Bekanntmachung

14. Tag des Eingangs der Bekanntmachung beim Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften

15. Bezüglich von Aufträgen für Dienstleistungen im Sinne des Anhangs I B: Einverständnis des öffentlichen Auftraggebers mit der Veröffentlichung der Bekanntmachung (Artikel 16 Absatz 3)

ANHANG III

MUSTER FÜR DIE BEKANNTMACHUNG ÖFFENTLICHER LIEFERAUFTRÄGE

A. VORINFORMATIONSVERFAHREN

1. Name, Anschrift, Telegrammanschrift, Telefon-, Fernschreib- und Fernkopiernummer des öffentlichen Auftraggebers und - falls anderslautend - Dienststelle, bei der zusätzliche Angaben eingeholt werden können

2. Art und Menge oder Wert der zu liefernden Ware: CPA-Referenznummer

3. Voraussichtlicher Zeitpunkt der Einleitung des Auftragsvergabeverfahrens (sofern bekannt)

4. Sonstige Angaben

5. Tag der Absendung der Bekanntmachung

6. Tag des Eingangs der Bekanntmachung beim Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften

7. Angabe, ob der Auftrag in den Anwendungsbereich des Beschaffungsübereinkommens fällt

B. OFFENE VERFAHREN

1. Name, Anschrift, Telegrammanschrift, Telefon-, Fernschreib- und Fernkopiernummer des öffentlichen Auftraggebers

2. a) Gewähltes Vergabeverfahren

b) Form des Vertrags, für den Angebote eingereicht werden sollen

3. a) Ort der Lieferung

b) Art der zu liefernden Waren, einschließlich der Angabe, ob die Angebote Kauf, Leasing, Miete, Pacht oder Mietkauf oder mehreres gleichzeitig betreffen; CPA-Referenznummer

c) Menge der zu liefernden Waren, einschließlich etwaiger Optionsrechte für weitere Aufträge, und nach Möglichkeit voraussichtlicher Zeitpunkt, zu dem diese Rechte wahrgenommen werden können. Bei regelmäßigen Aufträgen oder Daueraufträgen innerhalb eines bestimmten Zeitraums nach Möglichkeit ebenfalls Angabe des voraussichtlichen Zeitpunkts der einzelnen Aufforderungen zur Angebotsabgabe für die Lieferaufträge

d) Angaben darüber, ob ein Lieferant Angebote für einen Teil der betreffenden Lieferungen abgeben kann

4. Frist für den Abschluß der Lieferungen bzw. Dauer des Lieferauftrags und nach Möglichkeit Frist für den Beginn oder die Ausführung des Lieferauftrags

5. a) Name und Anschrift der Dienststelle, bei der die Verdingungsunterlagen und zusätzlichen Unterlagen angefordert werden können

b) Gegebenenfalls Einsendefrist für solche Anträge

c) Gegebenenfalls Höhe und Einzelheiten der Zahlung der Gebühr für Übersendung dieser Unterlagen

6. a) Einsendefrist für die Angebote
b) Anschrift, an die die Angebote zu richten sind
c) Sprache(n), in der (denen) sie abzufassen sind

7. a) Personen, die bei der Öffnung der Angebote anwesend sein dürfen
   b) Datum, Uhrzeit und Ort der Öffnung der Angebote
8. Gegebenenfalls geforderte Kautionen und Sicherheiten

9. Wesentliche Finanzierungs- und Zahlungsbedingungen und/oder Verweisung auf die Vorschriften, in denen sie enthalten sind

10. Gegebenenfalls Rechtsform, die die Bietergemeinschaft, an die der Auftrag vergeben wird, haben muß

11. Angaben zur Lage des Lieferanten sowie Angaben und Formalitäten, die zur Beurteilung der Frage erforderlich sind, ob dieser die wirtschaftlichen und technischen Mindestanforderungen erfüllt

12. Bindefrist

13. Kriterien für die Auftragserteilung. Andere Kriterien als der niedrigste Preis müssen genannt werden, falls sie nicht in den Verdingungsunterlagen enthalten sind.

14. Gegebenenfalls Verbot von Änderungsvorschlägen

15. Sonstige Angaben

16. Tag der Veröffentlichung der Vorinformationen im Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften oder Hinweis auf ihre Nichtveröffentlichung

17. Tag der Absendung der Bekanntmachung

18. Tag des Eingangs der Bekanntmachung beim Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften

19. Angabe, ob der Auftrag in den Anwendungsbereich des Beschaffungsübereinkommens fällt

C. NICHT OFFENE VERFAHREN

1. Name, Anschrift, Telegrammanschrift, Telefon-, Fernschreib- und Fernkopiernummer des öffentlichen Auftraggebers

2. a) Gewähltes Vergabeverfahren

   b) Gegebenenfalls Begründung für die Inanspruchnahme des beschleunigten Verfahrens

   c) Gegebenenfalls Form des Vertrages, für den Angebote eingereicht werden sollen

3. a) Ort der Lieferung

   b) Art der zu liefernden Waren, einschließlich der Angabe, ob die Angebote Kauf, Leasing, Miete, Pacht oder Mietkauf oder mehreres gleichzeitig betreffen; CPA-Referenznummer

   c) Menge der zu liefernden Waren, einschließlich etwaiger Optionsrechte für weitere Aufträge, und nach Möglichkeit voraussichtlicher Zeitpunkt, zu dem diese Rechte wahrgenommen werden können. Bei regelmäßigen Aufträgen oder Daueraufträgen innerhalb eines bestimmten Zeitraums nach Möglichkeit ebenfalls Angabe des voraussichtlichen Zeitpunkts der einzelnen Aufforderungen zur Angebotsabgabe für die Lieferaufträge

   d) Angaben darüber, ob ein Lieferant Angebote für einen Teil der betreffenden Lieferungen abgeben kann

4. Frist für den Abschluß der Lieferungen bzw. Dauer des Lieferauftrags und nach Möglichkeit Frist für den Beginn oder die Ausführung des Lieferauftrags

5. Gegebenenfalls Rechtsform, die die Bietergemeinschaft, an die der Auftrag vergeben wird, haben muß

6. a) Einsendefrist für die Angebote
   b) Anschrift, an die die Angebote zu richten sind
   c) Sprache(n), in der (denen) sie abzufassen sind

7. Frist für die Absendung von Aufforderungen zur Angebotsabgabe

8. Gegebenenfalls geforderte Kautionen und Sicherheiten

9. Angaben zur Lage des Lieferanten sowie Angaben und Formalitäten, die zur Beurteilung der Frage erforderlich sind, ob dieser die wirtschaftlichen und technischen Mindestanforderungen erfüllt

10. Wesentliche Finanzierungs- und Zahlungsbedingungen und/oder Verweisung auf die Vorschriften, in denen sie enthalten sind

11. Geplante Anzahl bzw. Höchst- und Mindestzahl von Lieferanten, die zur Angebotsabgabe aufgefordert werden

12. Gegebenenfalls Verbot von Änderungsvorschlägen

13. Sonstige Angaben

14. Tag der Veröffentlichung der Vorinformationen im Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften oder Hinweis auf ihre Nichtveröffentlichung

15. Tag der Absendung der Bekanntmachung

16. Tag des Eingangs der Bekanntmachung beim Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften

17. Angabe, ob der Auftrag in den Anwendungsbereich des Beschaffungsübereinkommens fällt

D. VERHANDLUNGSVERFAHREN

1. Name, Anschrift, Telegrammanschrift, Telefon-, Fernschreib- und Fernkopiernummer des öffentlichen Auftraggebers

2. a) Gewähltes Vergabeverfahren

   b) Gegebenenfalls Begründung für die Inanspruchnahme des beschleunigten Verfahrens

   c) Form des Vertrages, für den Angebote eingereicht werden sollen

3. a) Ort der Lieferung

   b) Art der zu liefernden Waren, einschließlich der Angabe, ob die Angebote Kauf, Leasing, Miete, Pacht oder Mietkauf oder mehreres gleichzeitig betreffen; CPA-Referenznummer

   c) Menge der zu liefernden Waren, einschließlich etwaiger Optionsrechte für weitere Aufträge, und nach Möglichkeit voraussichtlicher Zeitpunkt, zu dem diese Rechte wahrgenommen werden können. Bei regelmäßigen Aufträgen oder Daueraufträgen innerhalb eines bestimmten Zeitraums nach Möglichkeit ebenfalls Angabe des voraussichtlichen Zeitpunkts der einzelnen Aufforderungen zur Angebotsabgabe für die Lieferaufträge

   d) Angaben darüber, ob ein Lieferant Angebote für einen Teil der betreffenden Lieferungen abgeben kann

4. Frist für den Abschluß der Lieferungen bzw. Dauer des Lieferauftrags und nach Möglichkeit Frist für den Beginn oder die Ausführung des Lieferauftrags

5. Gegebenenfalls Rechtsform, die die Bietergemeinschaft, an die der Auftrag vergeben wird, haben muß

6. a) Einsendefrist für die Angebote
   b) Anschrift, an die die Angebote zu richten sind
   c) Sprache(n), in der (denen) sie abzufassen sind

7. Gegebenenfalls geforderte Kautionen und Sicherheiten

8. Angaben zur Lage des Lieferanten sowie Angaben und Formalitäten, die zur Beurteilung der Frage erforderlich sind, ob dieser die wirtschaftlichen und technischen Mindestanforderungen erfüllt

9. Geplante Anzahl bzw. Höchst- und Mindestzahl von Lieferanten, die zur Angebotsabgabe aufgefordert werden

10. Gegebenenfalls Verbot von Änderungsvorschlägen

11. Gegebenenfalls Name und Anschrift der vom öffentlichen Auftraggeber bereits ausgewählten Lieferanten

12. Datum vorhergehender Veröffentlichungen im Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften

13. Sonstige Angaben

14. Tag der Absendung der Bekanntmachung

15. Tag des Eingangs der Bekanntmachung beim Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften

16. Angabe, ob der Auftrag in den Anwendungsbereich des Beschaffungsübereinkommens fällt

E. AUFTRAGSVERGABE

1. Name und Anschrift des öffentlichen Auftraggebers

2. Gewähltes Vergabeverfahren, im Fall von Verhandlungsverfahren ohne vorherige Veröffentlichung einer Ausschreibung: Begründung (Artikel 6 Absatz 3)

3. Tag der Auftragsvergabe

4. Zuschlagskriterien

5. Anzahl der eingegangenen Angebote

6. Name und Anschrift der (des) Auftragnehmer(s)

7. Art und Menge der gelieferten Waren, gegebenenfalls nach Auftragnehmer, CPA-Referenznummer

8. Gezahlter Preis oder Preisspanne (Minimum/Maximum)

9. Wert des Auftrags, der den Zuschlag erhalten hat, oder das höchste und das niedrigste Angebot, die bei der Auftragsvergabe berücksichtigt wurden

10. Gegebenenfalls Wert und Teil des Auftrags, der an Dritte weitervergeben werden kann

11. Sonstige Angaben

12. Tag der Veröffentlichung im Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften

13. Tag der Absendung der Bekanntmachung

14. Tag des Eingangs der Bekanntmachung beim Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften

ANHANG IV

MUSTER FÜR DIE BEKANNTMACHUNG ÖFFENTLICHER BAUAUFTRÄGE

A. VORINFORMATIONSVERFAHREN

1. Name, Anschrift, Telegrammanschrift, Telefon-, Fernschreib- und Fernkopiernummer des öffentlichen Auftraggebers

2. a) Ort der Lieferung

   b) Natur und Umfang der Arbeiten und bei Aufteilung des Bauwerks in mehrere Lose wesentliche Merkmale der einzelnen Lose im Verhältnis zum Bauwerk

   c) Falls verfügbar: Abschätzung der Kostenspanne für die geplanten Arbeiten

3. a) Vorläufiger Zeitpunkt der Einleitung der (des) Vergabeverfahren(s)

   b) Falls bekannt: vorläufiger Zeitpunkt des Beginns der Arbeiten

   c) Falls bekannt: vorläufiger Zeitplan für die Durchführung der Arbeiten

4. Falls bekannt: Bedingungen für die Finanzierung der Arbeiten und die Preisrevision und/oder Verweis auf die Vorschriften, in denen sie enthalten sind

5. Sonstige Angaben

6. Tag der Absendung der Bekanntmachung

7. Tag des Eingangs der Bekanntmachung beim Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften

8. Angabe, ob der Auftrag in den Anwendungsbereich des Beschaffungsübereinkommens fällt

B. OFFENE VERFAHREN

1. Name, Anschrift, Telegrammanschrift, Telefon-, Fernschreib- und Fernkopiernummer des öffentlichen Auftraggebers

2. a) Gewähltes Vergabeverfahren

   b) Art des Auftrags, der Gegenstand der Ausschreibung ist

3. a) Ort der Ausführung

   b) Natur und Umfang der Arbeiten und allgemeine Merkmale des Bauwerks, einschließlich etwaiger Optionsrechte für weitere Arbeiten, und nach Möglichkeit voraussichtlicher Zeitpunkt, zu dem diese Rechte wahrgenommen werden können

   c) Falls das Bauwerk oder der Auftrag in mehrere Lose aufgeteilt wird, Größenordnung der einzelnen Lose und Möglichkeit, für eines, mehrere oder sämtliche Lose Angebote einzureichen

   d) Angaben über den Zweck des Bauwerks oder des Auftrags, wenn dieser auch die Erstellung von Entwürfen umfaßt

4. Frist für den Abschluß der Arbeiten bzw. Dauer des Bauauftrags und nach Möglichkeit Frist für den Beginn der Arbeiten

5. a) Name und Anschrift der Dienststelle, bei der die Verdingungsunterlagen und zusätzliche Unterlagen angefordert werden können

b) Gegebenenfalls Höhe und Einzelheiten der Zahlung der Gebühr für Übersendung dieser Unterlagen

6. a) Einsendefrist für die Angebote
   b) Anschrift, an die sie zu richten sind
   c) Sprache(n), in der (denen) sie abgefaßt sein müssen

7. a) Gegebenenfalls Personen, die bei der Öffnung der Angebote anwesend sein dürfen
   b) Datum, Uhrzeit und Ort der Öffnung der Angebote

8. Gegebenenfalls geforderte Kautionen und Sicherheiten

9. Wesentliche Finanzierungs- und Zahlungsbedingungen und/oder Verweisung auf die Vorschriften, in denen sie enthalten sind

10. Gegebenenfalls Rechtsform, die die Bietergemeinschaft, an die der Auftrag vergeben wird, haben muß

11. Wirtschaftliche und technische Mindestanforderungen an den Unternehmer

12. Bindefrist

13. Kriterien für die Auftragserteilung. Andere Kriterien als der niedrigste Preis müssen genannt werden, falls sie nicht in den Verdingungsunterlagen enthalten sind.

14. Gegebenenfalls Verbot von Änderungsvorschlägen

15. Sonstige Angaben

16. Tag der Veröffentlichung der Vorinformationen im Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften oder Hinweis auf ihre Nichtveröffentlichung

17. Tag der Absendung der Bekanntmachung

18. Tag des Eingangs der Bekanntmachung beim Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften

19. Angabe, ob der Auftrag in den Anwendungsbereich des Beschaffungsübereinkommens fällt

C. NICHT OFFENE VERFAHREN

1. Name, Anschrift, Telegrammanschrift, Telefon-, Fernschreib- und Fernkopiernummer des öffentlichen Auftraggebers

2. a) Gewähltes Vergabeverfahren

   b) Gegebenenfalls Begründung für die Inanspruchnahme des beschleunigten Verfahrens

   c) Art des Auftrags, der Gegenstand der Ausschreibung ist

3. a) Ort der Ausführung

   b) Natur und Umfang der Arbeiten und allgemeine Merkmale des Bauwerks, einschließlich etwaiger Optionsrechte für weitere Arbeiten, und nach Möglichkeit voraussichtlicher Zeitpunkt, zu dem diese Rechte wahrgenommen werden können

   c) Falls das Bauwerk oder der Auftrag in mehrere Lose aufgeteilt wird, Größenordnung der einzelnen Lose und Möglichkeit, für eines, mehrere oder sämtliche Lose Angebote einzureichen

d) Angaben über den Zweck des Bauwerks oder des Auftrags, wenn dieser auch die Erstellung von Entwürfen umfaßt

4. Frist für den Abschluß der Arbeiten bzw. Dauer des Bauauftrags und nach Möglichkeit Frist für den Beginn der Arbeiten

5. Gegebenenfalls Rechtsform, die die Bietergemeinschaft, an die der Auftrag vergeben wird, haben muß

6. a) Einsendefrist für die Anträge auf Teilnahme
   b) Anschrift, an die sie zu richten sind
   c) Sprache(n), in der (denen) sie abgefaßt sein müssen.

7. Frist für die Absendung von Aufforderungen zur Angebotsabgabe

8. Gegebenenfalls geforderte Kautionen und Sicherheiten

9. Wesentliche Finanzierungs- und Zahlungsbedingungen und/oder Verweisung auf die Vorschriften, in denen sie enthalten sind

10. Erforderliche Angaben zur Lage des Unternehmers sowie wirtschaftliche und technische Mindestanforderungen, denen dieser genügen muß

11. Kriterien für die Auftragserteilung. Andere Kriterien als der niedrigste Preis müssen genannt werden, falls sie nicht in den Verdingunsunterlagen enthalten sind.

12. Gegebenenfalls Verbot von Änderungsvorschlägen

13. Sonstige Angaben

14. Tag der Veröffentlichung der Vorinformationen im Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften oder Hinweis auf ihre Nichtveröffentlichung

15. Tag der Absendung der Bekanntmachung

16. Tag des Eingangs der Bekanntmachung beim Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften

17. Angabe, ob der Auftrag in den Anwendungsbereich des Beschaffungsübereinkommens fällt

D. VERHANDLUNGSVERFAHREN

1. Name, Anschrift, Telegrammanschrift, Telefon-, Fernschreib- und Fernkopiernummer des öffentlichen Auftraggebers

2. a) Gewähltes Vergabeverfahren

   b) Art des Auftrags, der Gegenstand der Ausschreibung ist

3. a) Ort der Ausführung

   b) Natur und Umfang der Arbeiten und allgemeine Merkmale des Bauwerks, einschließlich etwaiger Optionsrechte für weitere Arbeiten, und nach Möglichkeit voraussichtlicher Zeitpunkt, zu dem diese Rechte wahrgenommen werden können

   c) Falls das Bauwerk oder der Auftrag in mehrere Lose aufgeteilt wird, Größenordnung der einzelnen Lose und Möglichkeit, für eines, mehrere oder sämtliche Lose Angebote einzureichen

   d) Angaben über den Zweck des Bauwerks oder des Auftrags, wenn dieser auch die Erstellung von Entwürfen umfaßt

4. Frist für den Abschluß der Arbeiten bzw. Dauer des Bauauftrags und nach Möglichkeit Frist für den Beginn der Arbeiten

5. Gegebenenfalls Rechtsform, die die Bietergemeinschaft, an die der Auftrag vergeben wird, haben muß

6. a) Einsendefrist für die Anträge auf Teilnahme
   b) Anschrift, an die sie zu richten sind
   c) Sprache(n), in der (denen) sie abgefaßt sein müssen

7. Gegebenenfalls geforderte Kautionen und Sicherheiten

8. Wesentliche Finanzierungs- und Zahlungsbedingungen und/oder Verweisung auf die Vorschriften, in denen sie enthalten sind

9. Angaben zur Lage des Unternehmers sowie Angaben und Formalitäten, die zur Beurteilung der Frage erforderlich sind, ob dieser die wirtschaftlichen und technischen Mindestanforderungen erfüllt

10. Gegebenenfalls Verbot von Änderungsvorschlägen

11. Gegebenenfalls Name und Anschrift der vom öffentlichen Auftraggeber bereits ausgewählten Unternehmer

12. Gegebenenfalls Zeitpunkt vorhergehender Veröffentlichungen im Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften

13. Sonstige Angaben

14. Tag der Veröffentlichung der Vorinformationen im Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften oder Hinweis auf ihre Nichtveröffentlichung

15. Tag der Absendung der Bekanntmachung

16. Tag des Eingangs der Bekanntmachung beim Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften

17. Datum vorheriger Veröffentlichungen im Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften

18. Angabe, ob der Auftrag in den Anwendungsbereich des Beschaffungsübereinkommens fällt

E. AUFTRAGSVERGABE

1. Name und Anschrift des öffentlichen Auftraggebers

2. Gewähltes Vergabeverfahren. Beim Fall von Verhandlungsverfahren ohne vorherige Veröffentlichung einer Ausschreibung, Begründung (Artikel 7 Absatz 4)

3. Tag der Auftragserteilung

4. Kriterien für die Auftragsvergabe

5. Anzahl der eingegangenen Angebote

6. Name und Anschrift der (des) Auftragnehmer(s)

7. Natur und Umfang/Menge der Arbeiten, allgemeine Merkmale des errichteten Bauwerks

8. Gezahlter Preis oder Preisspanne (Minimum/Maximum)

9. Wert des Auftrags, der den Zuschlag erhalten hat, oder das höchste und das niedrigste Angebot, die bei der Auftragsvergabe berücksichtigt wurden

10. Gegebenenfalls Wert und Teil des Auftrags, der an Dritte weitervergeben werden kann

11. Sonstige Angaben

12. Tag der Veröffentlichung im Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften

13. Tag der Absendung der Bekanntmachung

14. Tag des Eingangs der Bekanntmachung beim Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften

AUSWIRKUNGEN AUF DIE WETTBEWERBSFÄHIGKEIT UND DIE BESCHÄFTIGUNG

I. Bezeichnung des Vorschlags

Geänderter Vorschlag für eine Richtlinie des Parlaments und des Rates zur Änderung der Richtlinie 92/50/EWG (öffentliche Dienstleistungsaufträge), der Richtlinie 93/36/EWG (öffentliche Lieferaufträge) und der Richtlinie 93/37/EWG (öffentliche Bauaufträge).

II. Hauptgrund für diese Maßnahmen

Aufnahme der internationalen Verpflichtungen, die sich aus dem neuen WTO-Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen ergeben, in die vorerwähnten Richtlinien.

III. Merkmale der betroffenen Unternehmen

1. Sind viele KMU betroffen?
   Die Liefer-, Bau- und Dienstleistungsaufträge können direkt oder indirekt für viele KMU interessant sein.

2. Läßt sich eine Konzentration auf bestimmte Regionen feststellen?

   - Regionale Fördergebiete der Mitgliedstaaten? Nein
   - Fördergebiete des EFRE? Nein

IV. Werden den Unternehmen unmittelbar Verpflichtungen auferlegt?

Durch diesen Maßnahmen werden den Unternehmen einige unmittelbare Verpflichtungen auferlegt. Beteiligen sie sich etwa an einem Verfahren zur Vergabe eines der Richtlinie unterliegenden Auftrags, so müssen sie z.B. die von dem öffentlichen Auftraggeber verlangten Unterlagen vorlegen und ihre Angebote schriftlich einreichen. Reichen sie ihre Angebote per Telex, Telegramm oder Telefax ein, so können sie verpflichtet werden, diese schriftlich zu bestätigen.

V. Welche Verpflichtungen könnten den Unternehmen durch die lokalen Behörden mittelbar auferlegt werden?

Möglicherweise werden den Unternehmen von den lokalen Behörden aufgrund dieser Maßnahmen einige Verplichtungen mittelbar auferlegt. Da die Voraussetzungen für die Verkürzung bestimmter Fristen etwas strenger als bisher sind, können die Unternehmen von den lokalen Behörden aufgefordert werden, die Bindung ihre Angebote für einen längeren Zeitraum aufrechtzuerhalten, wenn der Auftraggeber die Fristen nicht mehr verkürzen kann oder will.

VI. Bestehen besondere Maßnahmen für KMU? Welche?

Dieser Vorschlag enthält keine neuen Elemente für KMU.

VII. Mit welcher Wirkung kann gerechnet werden?

1. Für die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen?

   Die vorerwähnten Richtlinien zielen auf eine Verstärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen in sämtlichen Mitgliedstaaten ab. Die Änderungen verfolgen dasselbe Ziel.

2. Für die Beschäftigung

   Die Auswirkungen auf die Beschäftigung können als beschränkt angesehen werden.

VIII. Wurden die Sozialpartner gehört? Welche Stellungnahmen haben sie abgegeben?

Die Sozialpartner haben ausführlich zu dem ursprünglichen Vorschlag Stellung genommen, und zwar direkt an die Kommission, in einer Anhörung die vom Europäischen Parlament organisiert wurde, sowie im Rahmen der Beratung des Wirtschafts- und Sozialausschuß.

94

ISSN 0254-1467

KOM(96) 623 endg.

DOKUMENTE

DE

10 02 08

Katalognummer : CB-CO-96-619-DE-C

ISBN 92-78-11956-3

Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften

L-2985 Luxemburg